

2 Öffentlichkeitsakteure – Zugänge zu Öffentlichkeit

1994 wies Jürgen Gerhards auf das mangelnde Interesse der Öffentlichkeitsforschung an gesellschaftstheoretischen Modellen hin; er beklagte die wissenschaftliche „Position der Indifferenz gegenüber einer gesellschaftstheoretischen Beschreibung von Öffentlichkeit im allgemeinen und der Massenmedien im speziellen“ (Gerhards 1994: 77). Gerhards argumentierte für eine Verbindung von Akteurs- und Systemtheorie, die sowohl das Konzept verständigungsorientierten Handelns berücksichtigen als auch Öffentlichkeiten als sozial und medial vermittelte Kommunikationsräume auffassen sollte. Auf der Systemebene, so Gerhards' Argument, sei der politisch kommunizierende Akteur mit Einschränkungen konfrontiert, die seine kommunikative Rationalität begrenzen und ausrichten. Die Öffentlichkeitsforschung habe solche Bedingungen und Möglichkeiten öffentlichkeitsbezogenen Akteurshandelns bisher nur als Problem wahrgenommen, diese jedoch nicht konzeptionalisiert.

Gerhards' Vorstoß wird Mitte der 2010er Jahre nicht mehr als kontrovers wahrgenommen. Heute dominieren in der kommunikations- und medienwissenschaftlichen Forschung eindeutig gesellschaftstheoretische Modelle. Akteurstheoretische Diskussionen bleiben Ausnahmen. Gerhards' Kritik in den 1990er Jahren richtete sich gegen eine Dominanz deliberativer Modelle. Akteurshandeln wurde entsprechend ausgehend von normativen Kriterien untersucht. Ausgehend von der Annahme, dass Öffentlichkeit bereits stattfindet und nicht erst erreicht werden muss, ging es dabei darum, strukturorientierte Beschreibungen für die verschiedenen Funktionen von Öffentlichkeit zu finden. Individuelles Handeln geriet dabei aus dem Blick. Während das deliberative Modell den gleichberechtigten und ergebnisorientierten Austausch von Akteuren und die Behinderung dieses Austauschs durch mediale Vermachtungen in den Blick nimmt, gehen aktuelle gesellschaftstheoretische Modelle von einer grundsätzlich produktiv-vermittelnden Rolle von Medien und Journalisten aus. In dieser Perspektive fehlt es schließlich aber an zweierlei: Zum ersten tritt die Frage in den Hintergrund, wie einzelne Akteure ihre Anliegen und Interessen in Öffentlichkeiten einbringen. Zum zweiten erschwert es das Modell, Veränderungen von Öffentlichkeit abzubilden.

Kapitel 2 argumentiert folgendermaßen: Es lohnt sich, einen solchen akteur-sorientierten Zugang zu Öffentlichkeit zu verfolgen. Eingeführt wird hier ein

Grundverständnis, das nicht die kritische Funktion von Öffentlichkeit in den Vordergrund stellt, sondern empirische Öffentlichkeitsforschung unter Berücksichtigung sowohl von Zugängen aus den Cultural Studies als auch von wissenschaftlichen Ansätze vorantreibt. Ein solcher Zugang wird am heuristischen Begriff des Öffentlichkeitsakteurs erarbeitet. Mithilfe dieses Begriffs lässt sich die Beteiligung von Akteuren an Öffentlichkeiten illustrieren, sowohl mit Blick auf deren individuelle Anliegen und Möglichkeiten sowie mit Blick auf deren Beitrag zum Wandel von Öffentlichkeiten. Ein knapper Einblick in bestehende Forschung zeigt, dass der potenzielle Wandel von Öffentlichkeit, ausgehend von beteiligten Öffentlichkeitsakteuren, zwar immer thematisiert wird, in der Regel aber nicht theoretisiert wird. Solche Potenziale können jedoch, so werde ich im Folgenden argumentieren, über ihr kommunikatives Handeln, genauer ihr öffentlich-mediales Auftreten, rekonstruiert werden.

Ausgehend davon unterscheidet Kapitel 2 zunächst einmal zwischen solchen Zugängen, die Öffentlichkeit als Voraussetzung konzipieren und solchen, die die Öffentlichkeit als Potenzial begreifen (siehe dazu Abschnitt 2.1). Dabei stellt sich heraus, dass die Tradition der kritischen Theorie insofern (durchaus) lohnenswerte Hinweise für eine empirisch-kritische Konzeptionalisierung des Begriffs des Öffentlichkeitsakteurs bietet, als sie auf die Bedeutung der Dynamisierung politischer Kommunikation hinweist. Das genannte Argument wird in der Unterscheidung von struktur- und akteursorientierten Zugängen zu Öffentlichkeit fortgeführt. Abschnitt 2.2 zeigt auf, dass beide Dimensionen im kommunikativen Handeln zu verankern sind. Das Plädoyer lautet entsprechend, das Repertoire der bestehenden Öffentlichkeitsforschung um einen Zugang zu Öffentlichkeitsakteuren (siehe dazu Abschnitt 2.3) zu ergänzen, in dessen Fokus neben medialen, sozialen und politischen Bedingungen auch „proto-politische“ (Hitzler 2010) Potenziale öffentlicher politischer Kommunikation liegen.

2.1 Öffentlichkeit als Voraussetzung und als Potenzial

Nähert man sich als Wissenschaftler dem Phänomen Öffentlichkeit, so ist eine zentrale Entscheidung zu fällen: Wähle ich einen normativen oder deskriptiven Zugang? Es wurde verschiedentlich verdeutlicht, dass gerade diese Zuordnung in vielen Fällen unklar bleibt (Kleinen-von Königslöw 2011; Neidhardt 2006). Das Problem scheint im Begriff selbst angelegt. Es gehört zur Besonderheit des Öffentlichkeitsbegriffs, dass dieser sowohl einen kritischen als auch einen deskriptiven Zugang impliziert. Deskription ist also nicht mit der Abwesenheit von Kritik gleichzusetzen. Auch ein deskriptiver Zugang muss die Möglichkeiten der kritischen Diskussion mit Blick auf demokratische Legitimität von Öffentlichkeit

immer im Blick behalten. Der hier vorgelegte knappe Überblick soll keinen weiteren Überblick über bestehende Öffentlichkeitstheorien liefern (siehe dafür bspw. Imhof 2003c oder Marx Ferree et al. 2002). Vielmehr argumentiere ich, dass es zum einen darauf ankommt, normative und empirische Kriterien zu unterscheiden und dass zum anderen entscheidend ist, in welchem Verhältnis kritische Diskussion und deskriptiver Zugang zueinander stehen.

Öffentlichkeit, ganz allgemein, „ist dazu bestimmt, ein altes Problem der Demokratietheorie zu lösen“ (Peters 2007: 63). Bernhard Peters meint in diesem Zitat das Dilemma, bürgerliche Partizipation mit der Notwendigkeit kollektiv verbindlicher Entscheidungen – im Sinne des Gemeinwohls – zu vereinbaren. Hinsichtlich der Bürger stehen Fragen der kommunikativen Inklusion und Partizipation zur Diskussion. Hier interessiert, wie sichergestellt werden kann, dass die Bürger für Prozesse der kommunikativen Entscheidungsfindung mobilisiert werden. Oder ist Öffentlichkeit nur als Elitenprojekt vorstellbar? Inwieweit entstehen hier arkane Kommunikationsräume, in denen etwa Politiker oder vor allem die Medien Diskussionen lenken oder gar unterbinden? Der Begriff Öffentlichkeit trifft damit in seiner charakteristischen Widersprüchlichkeit das „Kernproblem der Demokratie“ (Berkel 2006: 16). Es geht darum, eine Verknüpfung von Zentrum und Peripherie über die Ermöglichung von Verständigungsorientierung herzustellen – das macht die legitimatorische Kraft von Öffentlichkeit aus.

Aus normativer Sicht ist Öffentlichkeit zahlreichen potenziellen Bedrohungen ausgesetzt. So wird, nach Auskunft vieler Autoren, das für alle gleichermaßen gute kollektive Ergebnis in der Regel nicht erreicht, sei es aufgrund von impliziten oder expliziten Exklusionsmechanismen (vgl. dazu ein ausführlicher Überblick bei Agre 2004; Asen 2002) oder weil sich vormals streitbare und kritische Sprecher – wie Intellektuelle, Politiker oder auch der normale Bürger – immer mehr dem Diktat einer ‚medialen Logik‘ der Selbstdarstellung unterwerfen (Imhof 2004; Moebius 2010; Street 2006). Andere Autoren sehen gerade in solchen Bedrohungen Momente sich aktivierender Öffentlichkeiten. So könne Exklusion zur Entstehung von Gegenöffentlichkeiten führen (Asen und Brouwer 2001b), die wiederum das Potenzial zu neuen mächtigen Mehrheitsöffentlichkeiten in sich bergen. Ferner liege in der ‚Celebrisierung‘ politischer Kommunikation, als „shift from the elites to the ordinary“ (Turner 2006: 154), möglicherweise ein Moment stärkerer Bürgerbeteiligung.⁴ So produzierten die Medien nun stärker kulturell bezogene statt normen- oder elitenbezogene Identitäten (Hartley 1999).

⁴ Graeme Turner argumentiert, hier hätten wir es mit einem ‚demotic turn‘ im Gegensatz zu einem ‚democratic turn‘ zu tun (Turner 2006).

Spannungen zwischen dem normativen Anspruch und der Praxis politischer Kommunikation sind also integraler Bestandteil der Öffentlichkeitsdebatte. Walter Lippmann (1927) etwa stellt in seinem Buch ‚The Phantom Public‘ grundsätzlich die Möglichkeit infrage, dass sich Bürger überhaupt in einer solchen Form über aktuelle Geschehnisse informieren und eine differenzierte Meinung bilden könnten, indem sie diskursiv an Öffentlichkeiten teilnehmen, geschweige denn, dass Bürger Vorgänge dadurch tatsächlich begreifen könnten. Lippmann plädiert für die Delegation von Aufgaben öffentlicher politischer Kommunikation an Experten (vgl. Schudson 2006 für die Gegenposition). Solche Positionen rufen wiederum Gegenstimmen auf den Plan, die betonen, wie wichtig es sei, das Projekt Öffentlichkeit als „impossible but necessary“ zu verteidigen (Robbins 1993: xii). Andere Autoren heben deutlich nachdrücklicher hervor: Nur wenn die Utopie Öffentlichkeit laufend reproduziert wird, hat sie eine Überlebenschance (Imhof 2008; Trenz 2009). Wenngleich Friedhelm Neidhardt einer ähnlichen Position folgt, mahnt er erneut zu einem gemäßigten Umgang mit normativen Ansprüchen:

„Man soll solchen Idealen aber gerade dann, wenn man sie ernst nimmt, nicht gestatten, die praktischen Möglichkeiten zu verstellen. Die soziale Funktion politischer Ideale besteht darin, Handeln zu motivieren und zu orientieren, nicht aber die Praxis mit unmäßigen Utopiequanten zu verschrecken.“ (Neidhardt 2006: 58)

Solchen Diskussionen folgend steht Öffentlichkeit demnach immer zwischen Vermachtung und Ermächtigung.

Auf eine etwas andere Art befasst sich die Europäisierungsforschung ebenfalls mit diesem Muster. Forschung in diesem Bereich fragt nach den Möglichkeiten und Grenzen der Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit. Im Ringen um eine Antwort steht wiederum die Diskussion normativer Kriterien zur Debatte. So sei, nach Friedhelm Neidhardt (2006: 51), etwa der Anspruch auf Transparenz im Kontext einer europäischen Öffentlichkeit mit Blick auf jedes mögliche Politikfeld kaum umsetzbar und vor dem Hintergrund der Regierungsfähigkeit der EU im Grunde auch nicht erstrebenswert. Europäische Öffentlichkeit habe vielmehr die Funktion, kollektive Entscheidungsfindung kritisch zu begleiten und müsse deshalb auf europäischer Ebene auch nur dort gesucht werden, wo tatsächlich Entscheidungen stattfänden.

Insbesondere an Friedhelm Neidhardts Einschätzung wird deutlich, welche Stoßrichtung die Diskussion um die richtige Zuweisung und Ausgestaltung normativer Kriterien vor dem Hintergrund der bedrohten Öffentlichkeit verfolgt. Ziel dieser Forschungsrichtung ist es, einerseits Öffentlichkeiten als Kommunikationsräume herzustellen und diese Öffentlichkeiten andererseits vor Vermachtungen zu schützen, sodass sie über eine gewisse Autonomie in Sachen

politischer Kommunikation verfügen können. Zentrale Diskussionspunkte sind dabei die Entstehungs- und Erhaltungsbedingungen für diese Kommunikationsräume. Die kritische Dimension ist also bereits Teil der Infrastruktur von Öffentlichkeit. Öffentlichkeit wird hier insofern als Voraussetzung diskutiert, als der Kommunikation die kritische Leistung gewissermaßen entzogen wird – Kommunikation stellt eine zentrale Größe für das kritische Potenzial von Öffentlichkeit dar, nämlich in Form politischer Kommunikation oder im kommunikativen Handeln. Politische Kommunikation wird unter dieser Voraussetzung, und hier schließe ich an ein Kernargument von Jo Reichertz (2009) an, als verstehens- und verständigungsorientierte Kommunikation konzipiert, womit sich Kommunikation oder politische Kommunikation aber nur einseitig erfassen lässt. Hingegen verorten diejenigen Ansätze, welche die Öffentlichkeit als Potenzial einordnen, sowohl Momente der Reproduktion als auch der Dynamik im kommunikativen Handeln selbst. Vor dem Hintergrund eines solchen Zugangs spricht vieles dafür, einen empirisch fundierten Begriff kommunikativen Handelns in das Zentrum eines solchen Zugangs zu stellen.

2.1.1 Öffentlichkeit als Voraussetzung

Um die Unterscheidung von ‚normativ‘ und ‚empirisch‘ zu veranschaulichen, ist es hilfreich, noch einmal zwei systematische Unterscheidungen zu thematisieren, und zwar mit Blick auf die darin enthaltene Einordnung von politischer Kommunikation. Jürgen Gerhards, Friedhelm Neidhardt und Dieter Rucht (1998), die Autoren des breit adaptierten und weiterentwickelten Arena-Modells (Imhof 2003b; Kleinen-von Königslöw 2010a; Wessler et al. 2008), unterscheiden unter den normativen Modellen zum einen liberale und zum anderen deliberative Modelle. Im liberalen Modell sei das Kriterium der Transparenz zentral gesetzt. Im Öffentlichwerden von Themen und Positionen hätten die beteiligten Bürger die Chance, sich eine Meinung zu bilden: „Öffentlichkeit macht dann in erster Linie unterschiedliche Positionen sichtbar“ (Gerhards et al. 1998: 29).

Mit Blick auf die ablaufenden Prozesse politischer Kommunikation formuliert das Arena-Modell über die zentrale Funktion der (impliziten und expliziten) Positionierung hinaus keine Anforderungen, es geht also entweder darum, kollektiv-verbindlichen Entscheidungsmöglichkeiten zuzustimmen oder diese abzulehnen. Lediglich gegenseitiger Respekt garantiere, dass alle Positionen zu Wort kämen. Anders im deliberativen Modell: Hier stehen Prozesse deliberativer Kommunikation im Zentrum. Über den Austausch mit anderen entwickeln Akteure in der Dynamik deliberativer Kommunikationssituationen ihre Argumente und Positionen und damit einen herrschaftsfreien Diskurs. Die Akteure der Peri-

pherie seien darin freier als die Akteure, die sich im ‚Dunstkreis‘ des Zentrums politischer Macht befinden (Gerhards et al. 1998: 34). Dabei gilt: Je freier die Diskursivität ist, desto höher fällt die Legitimität der politischen Ordnung aus.

Empirische Zugänge zu Öffentlichkeit entsprächen nun „bestimmten normativen Erwartungen nicht oder nur begrenzt“ (Gerhards et al. 1998: 38). Im Arena-Modell ist Öffentlichkeit ein theoretisch frei zugängliches Kommunikationsforum. Diese Kommunikationsforen existieren fragmentiert als Räume der aktiven Teilnahme (Arena, Sprecher) und der Beobachtung (Galerie, Publikum als Gesamtheit der Bürger). Dabei gilt eine „Zentralstellung der Massenmedien“ (Gerhards et al. 1998: 39), welche zwischen beiden Ebenen vermitteln. In dieser Konstellation der Produktion öffentlicher Meinung kommt dem Publikum eine zentrale Rolle zu. Das Publikum äußert über den Konsum politischer Kommunikation seine Präferenzen, bleibt aber in erster Linie in der Rolle der Empfänger. In seinem Buch ‚Faktizität und Geltung‘ setzt sich Jürgen Habermas kritisch mit „empiristischen Beobachtungsperspektive[n]“ (Habermas 1998: 351) auseinander. Er unterscheidet normative Zugänge von empirischen Zugängen über den jeweils zugrunde liegenden Machtbegriff. Habermas’ zentrales Argument besteht darin, dass empirische Zugänge keine Erklärung für die Verbindlichkeit der Teilnahme an Öffentlichkeit liefern können, was aber das Modell deliberativer Öffentlichkeit vermag. Empirische Modelle seien demnach vor allem am Aufbau sozialer Macht interessiert:

„Wie sich Macht überhaupt in der empirischen Überlegenheit des stärkeren Interesses oder Willens äußert, so die staatliche Macht in der Stabilität der von ihr aufrechterhaltenen Ordnung. Legitimität gilt als Maß für Stabilität. Denn objektiv bemisst sich die Legitimität des Staates an der faktischen Anerkennung von Seiten der Herrschaftsunterworfenen.“ (Habermas 1998: 352)

Eine solche Öffentlichkeit der stillschweigenden Zustimmung ihrer Teilnehmer sei im Grunde eine Elitentheorie; eine Theorie von Eliten, welche die „friedliche Tyrannei der Mehrheit“ [zu] „Machterwerb und Machterhalt“ (Habermas 1998: 355) nutzen könnten. Unklar sei dabei, was die Ressourcen dieser machtvollen – oder besser Macht gewährenden – Legitimationsordnung sind. Es bleibe offen, warum das Werben um Zustimmung beim Publikum ausreichen soll, um Akzeptanz und Teilnahme an demokratischen Prozessen zu erreichen. Anders rätioniere dagegen das verständigungsorientierte kommunikative Handeln, welches Macht kommunikativ erzeuge, die dann gegen politische Institutionen opponiert, also deren Macht kontrolliert und begrenzt. Solche Macht entstehe aus Verständigung, die in der Sprache, in der Kommunikation selbst, enthalten sei:

„Nach dieser Vorstellung zieht sich die praktische Vernunft aus den universalen Menschenrechten oder aus der konkreten Sittlichkeit einer bestimmten Gemeinschaft in jene Diskursregeln und Argumentationsformen zurück, die ihren normativen Gehalt der Geltungsbasis verständigungsorientierten Handelns, letztlich der Struktur sprachlicher Kommunikation und der nichtsubstituierbaren Ordnung kommunikativer Vergesellschaftung entnehmen.“ (Habermas 1998: 360)

Bei allen Unterschieden zwischen empirischen und normativen Zugängen wird aus diesem knappen Überblick doch deutlich, dass das Grundproblem, das dem Öffentlichkeitsbegriff zu eigen ist, ist ein Problem der ‚Kommunikationsfreiheit‘, das heißt die offene Frage, wie diese Kommunikationsfreiheit zu erreichen und zu stabilisieren ist. Eine solche Kommunikationsfreiheit erscheint als Bedingung für die kritische Leistung von Öffentlichkeit, nämlich die Kontrolle von Opposition und potenzieller Opposition gegenüber bestehenden vermachteten Strukturen. Kontrolle steht unzweifelhaft im Zentrum der kritischen Leistung von Öffentlichkeit. Zwar erhebt Habermas den Anspruch, Freiheit sei im Begriff der Deliberation immanent (dazu auch Imhof 2003a), diese ist jedoch wiederum auf, siehe obiges Zitat, ‚praktische Vernunft‘ angewiesen, die über eine erhebliche ‚rationale Sozialisation‘ hergestellt wird. Diese Bindung kommunikativen Handelns an normative Voraussetzungen, welche nur bestimmten Gruppen die Teilnahme zuschreibt, ist breit kritisiert worden (Fraser 1993). Kritik fand auch der Umstand, dass Habermas die Voraussetzungen für die Teilnahme an politischer Kommunikation damit in den Bereich des Privaten verweist (Calhoun 2010).

Auch im Fall der hier sogenannten empirischen Modelle müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein, damit politische Kommunikation als Kontrolle von Macht gelingen kann. Politische Kommunikation als demokratische Kommunikation ist von vornherein auf Prozesse der Zustimmung und Ablehnung begrenzt. Auch wenn politischer Kommunikation damit im Kommunikationsraum Öffentlichkeit eine entscheidende steuernde Funktion zugeschrieben wird, bleibt diese aufseiten der Bürger immer auf bestehende ‚Angebote‘ von Strukturen, Akteuren und Institutionen bezogen. Die Frage, die daraus für die Öffentlichkeitsforschung folgt, lautet: Wie müssen diese Akteure, Strukturen und Institutionen beschaffen sein, damit die Wahlfreiheit nicht zu sehr eingeschränkt wird? Hier zeigen sich dann auch die Grenzen der Offenheit von Öffentlichkeit (Neidhardt 2006: 60). So müsse das ‚demokratische System‘ Sorge tragen, dass kein radikaler Pluralismus möglich sei, etwa mit Blick auf rechtsradikale Deutungsangebote (Cammaerts 2009).

Es zeigt sich, dass Zugänge, die nach dieser Systematisierung Öffentlichkeit als Voraussetzung für kommunikatives Handeln konzipieren, in erster Linie auf reproduktive Momente solcher Öffentlichkeit zurückgeworfen sind. Anders aus-

gedrückt, hier werden in der Hauptsache diejenigen Bedingungen diskutiert, die notwendig sind, um dem einzelnen Akteur die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass er ‚in Freiheit‘ politisch kommunizieren kann. Das gilt, so wurde argumentiert, sowohl für Zugänge, die als normativ identifiziert werden, als auch für Zugänge, die als empirisch identifiziert werden. Diese Zugänge unterscheiden sich letztlich vor allem im ‚Qualitätsanspruch‘ an die jeweiligen Kriterien, was die Gefahr einer gewissen Beliebigkeit birgt. Auf diese Art und Weise verlagert sich jedoch, das wurde gezeigt, der potenzielle Wandel von Öffentlichkeit auf die Strukturebene und der zentrale Begriff kommunikativen Handelns reduziert sich mit Blick auf Öffentlichkeit in erster Linie auf reproduktive Momente. Im Folgenden argumentiere ich aber, dass sowohl reproduktive als auch kritisch-dynamische Momente von Öffentlichkeit im kommunikativen Handeln selbst zu finden sein müssen.

Die bisherige Diskussion hat deutlich gemacht, dass kritische und deskriptive Dimension unvermeidbar zusammenspielen, wenn der Öffentlichkeitsbegriff immer wieder verhandelt und bearbeitet wird, entsprechend in der Öffentlichkeitsforschung. Das gilt unabhängig davon, wie man die Begriffe ‚empirisch‘ und ‚normativ‘ in der Öffentlichkeitsforschung fasst: „[i]mmer [...] hat der Begriff [Öffentlichkeit] nicht nur eine deskriptive, sondern auch eine normative Bedeutung“ (Gerhards 1998: 268). Theorien der Öffentlichkeit beschäftigen sich entsprechend mit den Möglichkeiten politischer Kommunikation, demokratische Prozesse zu fördern oder zu behindern (Marx Ferree et al. 2002: 289). Diese Kritik soll über politische Kommunikation beziehungsweise kommunikatives Handeln geleistet werden, wobei das kommunikative Handeln jedoch potenziell immer bedroht ist.

Hier zeigt sich, neben dem normativ-praktischen Dilemma, ein weiteres zentrales Dilemma der Öffentlichkeitsdiskussion. Kommunikatives Handeln braucht, so scheint es, um Gestaltungspotenziale zu entwickeln, einen bestimmten institutionellen und kompetenzbezogenen Rahmen, den es selber nicht leisten kann. Aus diesem Dilemma resultiert möglicherweise das Problem, dass die Begriffe politischer Kommunikation beziehungsweise kommunikativen Handelns allzu schnell aus dem Fokus geraten können und dass die Diskussion in erster Linie darum kreist, wie diese Voraussetzungen beschaffen sein können und sein müssen. Aus dem Blick gerät damit die eigentliche kritische Leistung, welche die Öffentlichkeit aus sich selbst heraus erbringen kann. Zudem entstehen Unklarheiten darüber, wie normative und empirische Zugänge eigentlich unterschieden werden können.

Was genau meint aber kritische Leistung oder Kritik? Öffentlichkeit hat zum Ziel, „dass sich die moderne Gesellschaft demokratisch selbst bestimmen kann“ (Imhof 2008: 65). Das ist nur möglich, wenn im öffentlichen Diskurs über

bestimmte Themen und Deutungen auch das Gut mitverhandelt wird, was vielerorts als Kommunikationsfreiheit bezeichnet wird (Bohman 2007: 59ff.; Langenbucher 2003). Diese Kommunikationsfreiheit ist dabei nie absolut, sondern immer relativ – was den Begriff der Freiheit natürlich problematisch macht (Lahire 2011: 206f.). Versteht man Kommunikationsfreiheit als Presse- oder Meinungsfreiheit, so hat man es zu tun mit einem

„Horrorkabinett der weltweiten Freiheitsfeindlichkeit und der Kämpfe in den etablierten Demokratien des Westens, diese Freiheit gegen auch hier notorisch anhaltende Einschränkungsversuche zu verteidigen.“ (Langenbucher 2003: 9)

Kommunikationsfreiheit kann aber auch stärker auf den immanenten Wandel von Öffentlichkeit bezogen werden. Es ist ein Aspekt, sich mit Kommunikationsfreiheit als Zensur auseinanderzusetzen und damit als Situation, in der Kommunikationsmittel ‚verknappt‘ werden. Es handelt sich um einen anderen Aspekt, diese ‚Zensur‘ zu diskutieren, wenn die Möglichkeiten dazu (grundsätzlich und potenziell) vorhanden sind. Eine dieser Möglichkeiten ist die Unterscheidung von Informations- und Meinungsfreiheit (Haller 2003). Auch hier stehen die Journalisten im Fokus: Sowohl Information als auch Meinung wird dabei als notwendiger Input für Öffentlichkeit gesehen, der über die Medien geleistet wird. Dabei kann eine Verlagerung zum Meinungsjournalismus einerseits oder, andererseits, zum Informationsjournalismus eine Gefahr für Pluralität und grundsätzliche Offenheit politischer Meinungsbildung darstellen (Weischenberg 2002).

Nur andeutungsweise zeigt sich hier, dass Kommunikationsfreiheit in vielerlei Hinsicht mit Blick auf äußere Umstände gefasst werden kann. In der Auseinandersetzung mit dem Begriff des kommunikativen Handelns interessiert an dieser Stelle in erster Linie das, was aus diesem Handeln selbst entstehen kann. Welche Prozesse laufen hier ab, wenn es um die Gestaltung von Öffentlichkeit geht? Richtet man also den Blick in die Öffentlichkeit, so geht es um die Verhandlung von Themen und Interpretationen. Hier liegt der Fokus stärker auf internen kommunikativen Dynamiken von Öffentlichkeit. Unter welchen Bedingungen können welche Deutungsrahmen welcher Themen wie gesetzt werden und welche Dynamiken mit Bezug auf den Wandel von Öffentlichkeit löst das aus? Diese Frage wird beispielsweise virulent mit Blick auf das Entstehen einer europäischen Öffentlichkeit. Hier geht es darum, ob und wie europäische Deutungsmuster nationale Deutungsmuster ergänzen, verändern oder ersetzen:

„The public sphere opens up closed meaning systems and, through its intermediary structures, facilitates cross-cultural communication and interchange.“ (Trenz 2009: 37)

In einer solchen Perspektive wandelt sich die sehr grundsätzliche Frage nach der Kommunikationsfreiheit zu einem Interesse an kommunikativer Deutungsmacht oder kommunikativen Gestaltungspotenzialen. Die Frage geht davon aus, dass Öffentlichkeit über ein bestimmtes Wissen konstruiert ist, das eine wichtige Orientierung darstellt, zugleich aber keinen festen Bestand darstellt, sondern Prozessen des kommunikativen Wandels unterliegt. Eine solche Perspektive kann wieder bei den Strukturen ansetzen und diskutieren, ob etwa ein institutioneller Wandel von Politik, wie im Rahmen der EU, Dynamiken aus dem Deutungsrepertoire bestehender, etwa nationaler Öffentlichkeiten und Identitäten, auslöst (Risse 2010). Genauso kann sie aber auch bei den Akteuren ansetzen und diese auffordern, mit „Selbstbewusstsein und Diskursfreudigkeit“ (Thiel 2007: 411) ihre Sicht der Dinge mithilfe kreativer Kommunikationswege (Bohman 2007) in den öffentlichen Diskurs einzubringen.

Gerade der Aspekt der Kreativität erfährt häufig eine Begrenzung, die der Praxis politischer Kommunikation nicht entspricht. Kommunikatives Handeln jenseits rationaler Verständigung läuft dann Gefahr, etwa als „zwangsläufig zweckfreies Produkt expressiver Innerlichkeit“ (Imhof 2006a: 15) klassifiziert zu werden und damit trotz seines kreativen [sic!] Charakters (ebd.) in den Bereich jenseits kommunikativer Wirklichkeitsgestaltung verwiesen zu werden.

Unabhängig davon, wo man die Antriebskräfte für die Dynamiken von Öffentlichkeit verortet oder welche normativen Ansprüche an den Akteur damit verbunden sind, steht dahinter ein ganz bestimmter Begriff von Kritik, der im kommunikativen Handeln verortet ist. Kritik ist hier die Möglichkeit der Sichtbarmachung oder Reflexivität bestehender Öffentlichkeitsvorstellungen. Der zentrale Mechanismus ist dabei aus meiner Sicht die Reflexion über bestehende Öffentlichkeiten in ihrer Gesamtheit oder in Teilaspekten und deren kommunikative Neubesetzung. Öffentlichkeit ist damit immer einerseits ein diskursives Konstrukt, andererseits aber auch kommunikativ-soziale Praxis (Dayan 2005); Konstrukt wie Praxis befinden sich potenziell im Wandel. Die so verstandene Öffentlichkeit ist insofern vermachtet, als dass sie bestimmte politische Verdichtungen als gesetzt erscheinen lässt, als ‚wahr‘ oder ‚zentral‘. Solche Verdichtungen kann Öffentlichkeit infrage stellen.

Kritik als Reflexivität über bestehende Vermachtungen ist (neben einigen Parallelen zur kritischen Theorie) eine Grundidee der Cultural Studies, findet sich aber auch im weiteren Kontext wissenssoziologischer Diskussionen. Von beiden kann die Diskussion um potenzielle Dynamiken von Öffentlichkeit im Zusammenhang mit Kritik profitieren. Analysen der Cultural Studies bewegen sich im Dreieck Kultur–Mediatisierung–Macht (Hepp 2012), denn mediatisierte Kommunikation produziert ebenso Exklusionen wie Inklusionen. Diese Ausschlüsse/Einschlüsse sind jedoch prozesshaft und kontingent und daher immer

wieder neu zu reflektieren. Der Wandel von Kommunikation, und hier spielt das mögliche ‚kreative‘ Kommunizieren des Einzelnen durchaus eine Rolle, ist also im Begriff der Kommunikation selbst schon mitgedacht. Ursprünglich als ‚pädagogisches‘ Projekt angelegt (Giroux 2000), ging und geht es den Cultural Studies um die reflexive Sichtbarmachung solcher immanenter Muster. Eine konsequente Fortführung dieses Grundgedankens ist es, darüber hinaus auch den Machtbegriff zu reflektieren, der in den Cultural Studies verwendet wird (Gibson 2007).

Diese Idee der Reflexivität findet sich auch in Überlegungen im weiteren Kontext der Wissenssoziologie, welche eine historisch-rekonstruktive Auseinandersetzung mit dem Konzept politischer Kultur vorschlägt. Eine solche Diskussion führt etwa Margaret Somers in einer historischen Dekonstruktion des Konzepts politischer Kultur beim frühen Habermas (und Talcott Parsons, der an dieser Stelle jedoch nicht von Interesse ist). Somers’ argumentiert, dass Habermas’ Konzept politischer Kultur weder politisch noch kulturell sei (Somers 1995: 114). Im Grunde interessiere sich Habermas nicht für das Öffentliche, sondern für das Private; ferner interessiere ihn nicht das Kulturelle, sondern das Naturalisierte. Politische Kultur sei für ihn „reduced to a functional requisite of an autonomous private market society“ (Somers 1995: 116). Habermas’ Verortung von Öffentlichkeit als intermediäre Struktur zwischen Öffentlichem und Privatem sei darauf angewiesen, dass die Akteure die für den deliberativen Diskurs notwendigen kommunikativen Kompetenzen aus dem Privaten heraus erreichen und dann die in solcher Weise ‚fertigen‘ Kompetenzen im Öffentlichen einsetzen. Politische Kultur sei damit nicht Teil der Öffentlichkeit, sondern Voraussetzung für Öffentlichkeit.

In seinem Entwurf für die Aufgaben einer Europasozioologie bringt Georg Vobruba (2010) die damit angesprochene, doppelte kritische Reflexivität auf den Punkt: Ein solches Verständnis funktioniert für den Öffentlichkeitsbegriff dann, wenn man unterstellt, dass es sich dabei um eine sozio-kommunikative Konstruktion handelt. Es ist eine kritische Reflexivität auf zwei Beobachtungsebenen, die ein solcher Zugang zu Gesellschaft, in diesem Fall Öffentlichkeit, formuliert: einmal auf der Ebene der ‚Leute‘ und einmal auf der Ebene der Wissenschaftler. Für den Sozialwissenschaftler muss somit sowohl die alltägliche Verwendung des Begriffs Öffentlichkeit als auch die Reflexion dieser Öffentlichkeit eine Rolle spielen.

Kritisches Potenzial im Kontext der Erforschung von Öffentlichkeit entsteht also einerseits dann, wenn im kommunikativen Handeln Distanzierungen und Sichtbarmachungen von wirksamen kommunikativen Konstruktionen von der Öffentlichkeit und in der Öffentlichkeit auftauchen (und möglich sind). Andererseits wird das kritische Potenzial dann generiert, wenn – auf der Ebene der For-

scher – sowohl das beschriebene Sichtbarmachen als auch die diesem Potenzial zugrunde liegenden Vermachtungen und kulturellen Muster aufgezeigt werden können. Auf einer solchen Grundlage, welche die Möglichkeitsräume von Öffentlichkeit beschreibt, kann schließlich die kritische Diskussion normativer Kriterien erfolgen:

„Reciprocity and equality [...] must be fought for rather than assumed. The dialogue itself cannot achieve its own preconditions.“ (Kohn 2000: 417)

Auf diese Weise treffen sich Zugänge, welche die Öffentlichkeit als Voraussetzung konzipieren, und solche Zugänge, welche die Öffentlichkeit als Potenzial entwerfen, darin, dass beide überzeugt sind, die demokratische Qualität von Öffentlichkeit sei ein unerreichtes Projekt, dessen Scheitern man sich immer wieder stellen müsse. Für Zugänge, die Öffentlichkeit als Potenzial konzipieren, spielt dabei das Sichtbarmachen nicht nur von Deutungsmustern, sondern auch von dahinter liegenden Kommunikationsprozessen eine wichtige Rolle. Gerade in der Betonung einer solchen Perspektive gehe es darum, die Kräfte zu enttarnen, die als selbstverständlich und als ‚naturalisiert‘ wahrgenommen werden: „representations are at their most political when they appear to be non-political“ (Asen 2002: 355).

2.1.2 *Öffentlichkeit als Potenzial*

Die bisherigen Überlegungen haben verdeutlicht, dass kommunikatives Handeln sowohl auf die Reproduktion als auch auf die Dynamisierung bestehender Öffentlichkeiten gerichtet ist. Zugänge zu Öffentlichkeit, die beide Elemente einbeziehen, sollen im Folgenden als solche Modelle eingeführt werden, die auf Öffentlichkeit als Potenzial verweisen. Öffentlichkeit als Potenzial berücksichtigt auf der Ebene kommunikativen Handelns zum einen, dass es nicht erst dann beginnt, wenn die Voraussetzungen für Öffentlichkeit geschaffen sind. Zum anderen beziehen solche Zugänge kritische Elemente mit ein, die funktionierende Deutungsrahmen herausfordern, das heißt darauf verweisen, dass Kommunikation im Allgemeinen und politische Kommunikation im Besonderen dynamisierende Momente enthält. Öffentlichkeiten befinden sich somit in einem Zustand (potenziellen) Wandels. Auf der Ebene wissenschaftlicher Beobachtung steht Öffentlichkeit als Potenzial für die Position, dass Öffentlichkeit grundsätzlich kontingent ist, einen „Mythos“ (Dayan 2005) darstellt und insofern in seiner Spezifik immer wieder zu verorten und zu reflektieren ist.

Die Öffentlichkeitsforschung unterliegt laut Friedhelm Neidhardt einem „normative[n] Dissens“ (Neidhardt 2006: 49) darüber, welches Ausmaß an Öffentlichkeitsbedarf (das beinhaltet Kriterien wie Transparenz, Inklusion und Repräsentativität) und welche Qualität von Öffentlichkeit⁵ reklamiert werden sollten. Neidhardt grenzt sich damit von Ansätzen ab, die hohe Ansprüche bezüglich Transparenz und Diskursivität an eine europäische Öffentlichkeit stellen und verteidigt solche normativen Kriterien, die ein realistischeres Bild versprechen. In dieser Arbeit soll hingegen argumentiert werden, dass es die Unterscheidung zwischen Öffentlichkeiten als Voraussetzung und Öffentlichkeiten als Potenzial ist, als perspektivisch unterschiedliche Herangehensweisen zu Öffentlichkeit, die den Kern der Diskussion ausmacht.

Unter den (wenigen) Ansätzen, die auf die Wandlungspotenziale von Öffentlichkeit verweisen, sollen zunächst zwei Zugänge diskutiert werden, und zwar sowohl das Konzept der Gegenöffentlichkeiten als auch James Bohmans These zum Wandel von transnationalen Öffentlichkeiten. Diese benennen, auch wenn sie zu den normativen Öffentlichkeitsmodellen gerechnet werden können, Dimensionen kommunikativen Handelns, die über die Verständigungsorientierung hinausreichen. Anschließend nehme ich Bezug auf einen Begriff kommunikativen Handelns im Anschluss an Jo Reichertz, der diesen Umstand im Paradigma der Kommunikationsmacht auffängt. Dieser Begriff kann als Ausgangspunkt eines Zugangs zu Öffentlichkeit gelten, der die Kommunikationsmacht als Potenzial entwirft. Reichertz' Argument berücksichtigt allerdings kaum Probleme von Mediatisierung und Medienvermittlung, die jedoch für die Öffentlichkeitsdiskussion zentral sind; darauf werde ich zuletzt eingehen.

Nancy Fraser (1993, 1997) entwickelt ihr Modell der Gegenöffentlichkeiten als Kritik an der Habermas'schen Öffentlichkeitskonzeption. Dessen Vorstellung einer Öffentlichkeit als

„theatre in modern societies in which political participation is enacted through the medium of talk [...], an institutionalized arena of discursive interaction“ (Fraser 1993: 2)

übernimmt sie für ihre Argumentation. Zugleich formuliert Fraser die Kritik, bei Habermas' Verständnis von Öffentlichkeit handele es sich um eine historisch spezifische und begrenzte Form von Öffentlichkeit. Entlang einer feministischen Argumentation will sie aufzeigen, dass Habermas' Modell alternativen, ‚post-bourgeois‘ politischen Machtverhältnissen nicht entsprechen kann, sondern

⁵ Neidhardt diskutiert hier kritisch den Qualitätsanspruch an nationale Öffentlichkeiten, der auf europäische Öffentlichkeiten unhinterfragt übertragen werde: Ein „theoretisch sinnvoller Idealtypus von Öffentlichkeit muss deshalb eine relativ große Menge an Unordnung mitkonzeptualisieren“ (Neidhardt 2006: 52).

exklusiven Charakter hat. Ausschlüsse betreffen insbesondere Frauen, die aber, so zeige die Empirie, dennoch „access routes“ (Fraser 1993: 7) in die Öffentlichkeit konstruiert hätten.

Fraser formuliert vor diesem Hintergrund den Anspruch, die inklusive Gleichheit aller Teilnehmer in einer (generalisierten) Öffentlichkeit (Fraser 2007: 20) zu überdenken – ein Anspruch, den sie an dieser Stelle auch auf die transnationalen Konstellationen überträgt. Ihre zentrale Idee ist dabei die Unterscheidung von schwachen und starken Öffentlichkeiten: Während die schwachen Öffentlichkeiten nur über Möglichkeiten der öffentlichen Meinungsbildung verfügen, haben die starken Öffentlichkeiten darüber hinaus Zugang zu repräsentativen Formen der Entscheidungsfindung. Zentral ist für diese Studie nun die Frage, wie mit dem Wechsel von einer schwachen Öffentlichkeit in eine starke Öffentlichkeit Potenzial zum Wandel von starken Öffentlichkeiten eintreten kann. Es geht also um das ‚Selbsttransformationspotenzial‘ (Asen und Brouwer 2001a: 6) von Öffentlichkeit, etwa wenn andere Themen, und damit auch andere Deutungsmuster und Akteurskonstellationen, auf die Agenda gebracht werden sollen.

Für diese Studie interessieren nun nicht die konzeptionellen Unklarheiten in Frasers Vorschlag, etwa der problematische Zusammenhang zwischen ‚normativer‘ und ‚empirischer‘ Dimension (Conway und Singh 2009: 66f.) oder die Frage, wie eigentlich das ‚Gegen‘ in Gegenöffentlichkeit identifiziert werden kann (Asen und Brouwer 2001a: 7ff.). Stattdessen möchte ich klären, wie eine Gegenöffentlichkeit ihr subversives Potenzial entfaltet. Hier scheint wieder der Rückbezug auf den Begriff kommunikativen Handelns hilfreich, wie etwa Barbara Felski ausführt:

„the experience of discrimination, oppression, and cultural dislocation provides the impetus for the development of a self-consciously oppositional identity“ (Felski 1989: 167).

Während der männlich-bourgeoise Öffentlichkeitsakteur die entscheidenden Eigenschaften über Sozialisationsprozesse erworben hat, entwickelt die Akteurin einer schwachen Öffentlichkeit aus der ‚Dialektik ihrer Diskriminierungserfahrung‘ heraus die Möglichkeit, auch in anderen Öffentlichkeiten zu kommunizieren. Ein weiteres Training dieser Fähigkeiten findet dann im Rahmen ihrer Gruppe statt, mit der sie ihre Identität als Frau teilt. Es ist also das (erlernte) kommunikative Handeln, welches den Weg in die starke Öffentlichkeit zu einer Möglichkeit werden lässt.

Bei alldem bleiben zwei Problematiken bestehen. Erstens besteht in der Diskussion um Gegenöffentlichkeiten die Problematik, dass Öffentlichkeiten erst einmal geschaffen werden müssen, um Öffentlichkeiten auszubilden. Das Konzept zeigt starke Nähe dazu, was ich zuvor als Öffentlichkeit als Voraussetzung eingeordnet habe. Zugleich weist der hier zugrunde liegende Zugang zu kommu-

nikativem Handeln über Konzeptionen der Verständigungsorientierung hinaus. Dynamiken entstehen aus persönlichen Exklusionserfahrungen heraus und bringen damit andere kommunikative Praktiken hervor, nämlich das Kommunizieren über die eigene Öffentlichkeit hinaus. Der ‚bourgeoise Öffentlichkeitsakteur‘ war dagegen auf die kritische Selbstreflexion in seinem eigenen Kommunikationsraum reduziert.

Zweitens gilt es, die dynamischen Eigenschaften von Öffentlichkeit stärker zu berücksichtigen, wie es etwa James Bohman (2007, 2010) thematisiert. Bohman erörtert vor dem Hintergrund der Entwicklung politischer Regime und Konstellationen auf der transnationalen Ebene neue Möglichkeiten inklusiven politischen Kommunizierens. Bohmans zentrale These besteht darin, dass Deliberation jenseits des Nationalstaats andere Formen annehmen muss und kann als traditionelle, auf den Nationalstaat bezogene Prozesse politischen Kommunizierens. Hier waren es historisch bestimmte politische Institutionen, die das Entstehen von Öffentlichkeiten ermöglichten. Während auf diese Weise die Kommunikationsfreiheit der Bürger dominiert werde, biete die transnationale Konstellation die Möglichkeit, sich mit Blick auf gemeinsame Themen und Deutungen über einen größeren Raum hinweg zusammenzuschließen, dabei kreative Kommunikationsformen zu entwickeln und so Öffentlichkeiten auf einer neuen Grundlage herzustellen (Bohman 2007: 75).

Als Kriterium für eine mögliche transnationale Öffentlichkeit erarbeitet Bohman, der sich selbst in einer republikanischen Tradition verortet, einen normativen Minimalkonsens. Dieser bemisst sich an der Freiheit von Dominanz und der Freiheit zu Deliberation über Grenzen hinweg. Jenseits normativer Kriterien interessiert allerdings im Kontext dieser Studie in erster Linie die Frage, wie Bohman solche Dynamiken mit Blick auf das Entstehen dieser demokratisch-kreativen Öffentlichkeiten verortet. Bohman identifiziert zwei Antriebskräfte (agents) im Prozess einer entstehenden transnationalen Öffentlichkeit, indem er das empirische Beispiel der EU vor Augen hat: erstens die demokratischen Nationalstaaten, welche föderale und regionale Modelle politischer Integration vorantreiben und sich damit aus der politischen Domination zurückziehen, und zweitens die Bürger.

Insbesondere die Bürger als Antriebskräfte/agents, so ein zentraler Baustein in Bohmans Argument, seien es, welche die Dynamik dieser Potenziale neuer demokratischer Formen ausmachen. Mit starken Referenzen zum amerikanischen Pragmatismus, insbesondere zu Dewey⁶, entwirft Bohman einen Akteur, der einen Prozess nichtinstitutionendominierter Öffentlichkeitsbildung aus seinen

⁶ Das Potenzial John Deweys hat Swantje Lingenberg (2010) für das Modell einer ‚Europäischen Publikumsöffentlichkeit‘ fruchtbar gemacht.

kommunikativen Potenzialen heraus tragen kann (vgl. zum Akteursbegriff bei Bohman auch Hogan 2010: 38ff.):

„In the case of transnational democracy, the creative and generative side of communication is needed to establish new institutional frameworks. Those who create the new public spheres will act as new transnational intermediaries, replacing older democratic intermediaries whose agency opened up and maintained the spaces needed for the exercise of communicative power.“ (Bohman 2007: 15)

Das Akteursbild, welches Bohman entwirft, verweist auf den unbedingten Wunsch nach Menschlichkeit, Respekt und Reflexivität. Davon angetrieben gestaltet der Bürger als Akteur den Raum, den der Staat ihm lässt, indem der Staat sich zurückzieht. Unabhängig davon, wie man Bohmans normative Position einschätzt, entwickelt der Autor aus ebendieser Position heraus ein starkes Argument für die intrinsische Dynamik von Öffentlichkeiten, welche die praktische Dimension kommunikativen Handelns betont. So ist es insbesondere die Nutzung neuer kommunikativer Kanäle, die für Bohman ein wichtiges Mobilisierungsmoment darstellt.

Sowohl das Konzept der Gegenöffentlichkeiten als auch das Konzept von James Bohman sind insofern instruktiv, als politische Kommunikation umfassender ist als Verständigungsorientierung auf der Grundlage bestimmter Voraussetzungen, wenn politische Kommunikation als dynamisch verstanden werden soll – und das soll sie in der vorliegenden Arbeit sowohl aus einem normativen Anspruch als auch einem empirischem Zugang heraus. Damit kehrt die Argumentation zu Jo Reichertz' zentraler These zurück, welche den Begriff kommunikativen Handelns über sprachtheoretische Herleitungen hinaus über das Paradigma der ‚Kommunikationsmacht‘ neu verorten will (Reichertz 2009). Das Problem sei nicht, wie Verstehen oder Verständigungsorientierung gelingen könne, denn das gelänge in der alltäglichen Kommunikation doch recht gut; vielmehr gehe es um die Frage, wie eine Kommunikationstheorie erklären kann, dass Kommunikation Folgen habe, dass der andere sein Verhalten ändere oder in einer anderen Form reagiere. Diese Möglichkeit besteht nur, wenn der kritische Einzelne bestehende Deutungsmuster nicht als zwingend regelhaft sieht, sondern aus ihnen heraus eigene Gestaltungsmöglichkeiten entwickelt.

Reichertz entwickelt sein Argument im Kontext des kommunikativen Konstruktivismus (vgl. dazu Keller et al. 2013), der starke Anleihen in der Wissenssoziologie macht, aber auch Ideen aus der pragmatischen Philosophie, dem symbolischen Interaktionismus und der Soziologie der Interaktionsordnung Goffman'scher Prägung bezieht. Ein solcher kommunikativer Konstruktivismus basiert auf der Annahme, dass Kommunikation insofern Handeln bedeutet, als Kommunikation grundlegend für Bedeutungszuschreibungen von Akteuren ist.

Kommunikation umfasst sowohl Verstehen als auch soziales Handeln. Reichertz' Verständnis bietet also insofern die Möglichkeit eines ‚radikal-empirischen‘ Zugangs zu kommunikativem Handeln, als hier Kommunikation nicht als rein sprachlich-reflektierter Akt der Intentionsäußerung eingeordnet wird, sondern darüber hinausgehend sowohl nichtsprachliche Formen der Verständigung als auch deren sozio-kulturelle Einbettung einschließt.

Das entscheidende Paradigma sei nicht ‚Verstehen‘, sondern ‚Macht‘, so Reichertz' zentrales Argument. Gemeint ist damit aber eben nicht jene Macht, die aus Deliberation entsteht. Auch Habermas spricht ja von Macht, die aus der „Struktur sprachlicher Kommunikation und der nichtsubstituierbaren Ordnung kommunikativer Vergesellschaftung entlehn[t]“ (Habermas 1998: 360) ist. Macht wird hier deliberativ erzeugt und dann, gewissermaßen funktional, dem Staat entgegengestellt. Reichertz dagegen geht es darum, die Fokussierung des Kommunikationsbegriffs auf solche Prozesse des Verstehens zu kritisieren. Dabei hat er nicht einen neuen Kommunikationsbegriff im Sinn, sondern dessen Erweiterung (Hepp, Averbek-Lietz und Vowe 2011: 435) um nichtsprachliche Momente der Kommunikationspraxis. Kommunikation ist demnach nicht nur gezieltes und bewusstes Mitteilen von Gründen, Ansichten und Positionen, sondern auch Mimik, Gestik, persönliche Erfahrung oder soziale Lage und wird verständlich vor dem Hintergrund bestimmter kultureller Muster.⁷ Reichertz unterscheidet entsprechend kommunikatives Handeln als sprachlich-verständigungsorientiertes Handeln von kommunikativem Tun (Reichertz 2009: 118). Damit umfasst kommunikatives Handeln alle Arten von Kommunikation, die darüber hinaus die Kommunikationssituation tragen, ohne nur aus der aktuellen Kommunikationssituation generiert zu werden. Kommunikatives Tun verweist auf nonverbale Formen der Kommunikation, wie das Tragen bestimmter Kleidung, Schweigen oder Ähnliches. Kommunikatives Tun verweist jedoch auch auf das Vorher und Nachher (Reichertz 2009: 118), also auf den sozio-kulturellen Kontext von Kommunikationssituationen. Wenn im Folgenden von kommunikativem Handeln gesprochen wird, soll damit dieses kommunikative Agieren in Reichertz' Sinne gemeint sein.

Reichertz stellt nun folgende These auf: Dass

„der weitaus größte Teil kommunikativen Agierens [...] sich der Intention und der Planung [entzieht], liegt jenseits von Absicht und Strategie, findet statt[,] bevor die Kommunikation sich abspielt“ (Reichertz 2009: 120).

⁷ Insbesondere hier liegen die Überschneidungen und die besondere Leistung von Zugängen aus der kommunikations- und medienwissenschaftlichen Forschung der Cultural Studies, die sich deutlich expliziter als Reichertz mit der komplexen kulturellen Kontextualisierung von kommunikativem Handeln auseinandersetzen.

Davon abgesehen, dass Reichertz mit seiner möglicherweise unbeabsichtigt ‚verständigungsorientierten‘ Verwendung des Begriffs Kommunikation einen Beleg für die gegenwärtige Präsenz des situativen Verstehens-Paradigmas liefert, verweist dieser Schlüsselsatz auf Reichertz’ Kernthema – nämlich: es müsse in der Kommunikationswissenschaft letztlich um Prozesse der Macht und der kommunikativen Durchsetzung gehen. Erst aus der „personalen und sozialen Identität“ (Reichertz 2009: 232) heraus entstünde Durchsetzungsmacht:

„Das beste Argument, der schönste Begriff und die ansprechendste Form nützen nichts, wenn die nonverbalen Kommunikationselemente nicht zeigen, dass der Sprecher etwas zu sagen hat und es auch verbürgt.“ (Reichertz 2009: 230)

Reichertz verweist auf Max Webers Machtbegriff als Chance, in einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstand durchzusetzen, unabhängig davon, worauf diese Chance beruht (Weber 2010: 38). Macht entsteht, so Reichertz, deshalb über Kommunikation, weil die Kommunikation eine soziale Situation ist, in welcher der Einzelne bestehen kann und sich auf (relative) Verbindlichkeit seiner Mitkommunizierenden verlassen kann. Eine Reaktion auf sein Kommunizieren in Form eines guten Gegenarguments erwartet er demnach deutlich seltener als eine Verhaltensänderung des Gegenübers.

Jo Reichertz nennt damit nicht nur ein wichtiges Argument für die Kommunikations- und Medienwissenschaften insgesamt, sondern auch für kommunikatives Handeln im Rahmen von Öffentlichkeit im Besonderen – ein Bezug, den er aber höchstens implizit herstellt (Reichertz 2009: 226). Das entscheidende Anliegen dieser Studie war es ja zunächst, normative und empirische Zugänge zu Öffentlichkeit zu unterscheiden. Die besondere Schwierigkeit und damit gleichzeitig auch Chance besteht dabei darin, insbesondere nach solchen Ansätzen zu suchen, welche die Dynamik von Öffentlichkeit als Dynamik kommunikativer Deutungszusammenhänge beschreiben.

Mit Reichertz kann aus meiner Sicht ein solcher Zugang über den Begriff des kommunikativen Handelns gefunden werden. Versteht man Öffentlichkeit als eine Form gesellschaftlicher kommunikativer Konstruktionen, so ist das darin ablaufende kommunikative Handeln Ausdruck für weitreichende Deutungskämpfe um den Zuschnitt dieser Öffentlichkeit:

„Die Macht der Worte und der Kommunikation verdankt sich in dieser Sicht der Dinge also der machtvollen Durchsetzung bestimmter Formen der Vergesellschaftung, die auf die Schaffung von Verlässlichkeit zielen.“ (Reichertz 2009: 219)

Solches ist gemeint, wenn hier behauptet wird, dass kommunikatives Handeln für die kommunikative Konstruktion von Öffentlichkeit konstitutiv ist. Gemeint

ist hier nun also nicht, wie etwa in einem deliberativen Verständnis, kommunikatives Handeln im Sinne von Habermas (Honneth und Joas 2002) als vernünftig-kritische Form der gleichberechtigten und strategiefreien Kommunikation, sondern kommunikatives Handeln als alltäglicher Prozess der Konstruktion von Wirklichkeit, wie er in Anlehnung an die Wissenssoziologie (Reichert 2009) oder den symbolischen Interaktionismus (Krotz 2008; Mikos 2008) in der Kommunikations- und Medienwissenschaft verwendet wird. Für den Begriff des Öffentlichkeitsakteurs bedeutet das, dass er nicht auf bestehende Kommunikationsumgebungen rekurriert, um kommunikativ zu handeln, sondern dass er durch sein kommunikatives Handeln bestehende Kommunikationsumgebungen reproduziert. Aus dieser Situation heraus entwickelt der Öffentlichkeitsakteur dynamische Momente, einerseits deswegen, weil er selbst einen Gestaltungswillen in sich trägt, nicht zuletzt wenn es darum geht, sich selbst in einer Kommunikationsumgebung zu verorten, andererseits auch deswegen, weil andere Akteure sich genauso verhalten. Kommunikationssituationen sind auf diese Art und Weise möglicherweise träge, aber nie statisch.

Damit ist der erste zentrale Argumentationsbaustein für Kapitel 2 gesetzt: Ein empirisch-kritischer Zugang zu Öffentlichkeit, der sowohl reproduzierende als auch dynamische Momente politischer Kommunikation erfassen will, muss am kommunikativen Handeln selbst ansetzen. Indem kommunikatives Handeln Öffentlichkeiten konstruiert, generiert und verdichtet es diese zu Kommunikationsräumen (Hepp und Couldry 2009; Hepp 2012). Ein Kommunikationsraum ist hier keine statische Institution, sondern per Definition kommunikativ verhandelt und damit (zumindest theoretisch) flexibel, gewissermaßen also der Möglichkeitsraum kommunikativer Bezüge. Solche verdichteten Kommunikationsräume produzieren Legitimität als potenziell wandelbare Sinngebungen und Bedeutungszuschreibungen:

„Legitimationen sind kommunikative Formen der Sinnerzeugung von Institutionen, die auch in materialen Symbolen oder kollektiven Ritualen objektiviert sein können. Sie sind Kommunikation und ihrerseits Gegenstand der Kommunikation, etwa wenn man sich fragt, was eine besondere Kommunikation bedeutet (etwa eine Predigt, eine politische Rede, ein wissenschaftliches Experiment). Dabei sollte man beachten, dass Legitimationen nicht nur institutionalisierte Formen des Handelns deuten; sie stellen selbst kommunikative Handlungen dar, die ihrerseits institutionalisiert werden können.“ (Knoblauch 2013: 42)

Dieser Hinweis auf Legitimationen als institutionalisierte Formen des Handelns, die gleichzeitig an kommunikatives Handeln gebunden sind, ist insbesondere dann von Interesse, wenn es darum geht, Kommunikationsformen in der stark medial vermittelten Öffentlichkeit zu beschreiben. So kann etwa ein ‚Intellektueller‘ ein Beispiel für eine Sinnerzeugung innerhalb von Öffentlichkeit sein, die selbst wiederum Diskursen unterliegt. Dieser Begriff gibt einen bestimmten

Rahmen vor, in dem kommunikative Beiträge verstanden werden können, ist aber zugleich durch seine ‚Nutzung‘ in sich wandelnden Kommunikationsumgebungen selbst Wandlungsprozessen ausgesetzt. Symbolisch dafür steht etwa die Diskussion um den ‚Medienintellektuellen‘ (Bock 2009; Moebius 2010), die, abgesehen von impliziten normativen Wertungen des Begriffs ‚Medienintellektueller‘, auf einen Wandel des Verständnisses des ‚Intellektuellen‘ vor der Folie von Mediatisierungsprozessen verweist.

Entsprechend kann man von Öffentlichkeiten als kommunikative Verdichtung sprechen (Hepp et al. 2012: 22f). Die Metapher der Verdichtung will dabei das Wechselverhältnis von kommunikativem Handeln und kommunikativ verhandelten Strukturen dieses Handelns verdeutlichen. Das Entstehen von Kommunikationsräumen als solcherart abgegrenzte Strukturen ist also von kommunikativen Aushandlungsprozessen abhängig. Das bedeutet im Umkehrschluss jedoch nicht, dass ein solcher Raum einen beliebig flexiblen Charakter aufweist. Ein Beispiel für einen historisch ‚trägen‘ und zugleich wandelbaren kommunikativ konstruierten Kommunikationsraum ist die ‚nationale Öffentlichkeit‘. Die Genese des Öffentlichkeitsbegriffs selbst ist nicht zuletzt mit der Demokratisierung des Nationalstaats verbunden (Eder 2006; Peters 2007: 329) und damit Teil einer ‚westlichen Erzählung‘, in der Legitimation mit demokratischer Beteiligung der politisch aktiven Gemeinschaft gleichgesetzt wird (Eder 2006: 610).

Die vorausgehenden Überlegungen haben verdeutlicht, dass kommunikatives Handeln mit Blick auf Öffentlichkeit immer sowohl auf reproduzierende als auch auf dynamische Momente verweist. In diesem Prozess spielen Medien eine entscheidende Rolle – zum einen als Vermittler von Kommunikation, zum anderen aber auch als ‚Instrumente‘ der Gestaltung von Kommunikation. Trotz seines zentralen Hinweises auf den Charakter kommunikativen Handelns bietet Jo Reichertz jedoch keine medientheoretische Verortung (dazu kritisch Hepp, Auerbeck-Lietz und Vowe 2011: 436f., 49f.). Reichertz fokussiert in seinen Überlegungen vielmehr direkte Kommunikation.

Fasst man Öffentlichkeiten als kommunikativ konstruierte oder verdichtete Räume, in denen normative Deutungsmuster oder Legitimationen entwickelt, verstetigt oder infrage gestellt werden, dann ist zunächst einmal auch die Konstruktion von Medien als zentrale ‚Austragungsorte‘ von Öffentlichkeit zu berücksichtigen, dann aber auch die Bedeutung von Mediatisierungsprozessen. Beide Aspekte sollen hier kurz vorgestellt und dann im Laufe der Studie immer wieder aufgenommen werden.

Begreift man Öffentlichkeiten als kommunikative Konstruktionen, so kommt man nicht umhin anzuerkennen, dass Medien darin eine wichtige Rolle spielen. Nick Couldrys Argument, Medien würden gegenwärtig als zentrale Austragungsorte kommunikativer und damit sozialer Interaktion bewertet (Couldry

2003: 2), trifft auch hier zu. Damit ist aber zugleich auf die Potenzialität einer solchen Zuschreibung verwiesen. Ein empirisch-kritischer Zugang zu Öffentlichkeit muss sich entsprechend auch damit auseinandersetzen, dass diese Bedeutung von Medien zum einen in Öffentlichkeit mit reproduziert wird, zum anderen, dass es sich dabei aber ‚nur‘ um ein Deutungsmuster handelt. Medial vermittelte politische Kommunikation kann also derart bedeutend sein, dass möglicherweise schon das mediale Auftreten eines Politikers als Kriterium für dessen ‚Wert‘ gelten kann – es handelt sich hierbei um eine Zuschreibung, die kommunikationspraktisch herausgefordert und analytisch hinterfragt werden kann.

Insbesondere Peter Dahlgren arbeitet deshalb heraus: Politische Kommunikation kann jederzeit und in unterschiedlicher Form, also auch jenseits von Medien, in der alltäglichen Lebenswelt aufbrechen (Dahlgren 2006: 279) – eben nicht nur in den Medien. In diesem Sinne argumentiert etwa auch Sonia Livingstone (2005a) gegen eine Gleichsetzung von Medienpublikum (audiences) und Bürgerpublikum (publics). Erst wenn aus Medienkonsum ein Engagement im Kontext des Politischen werde, aktiviere sich Öffentlichkeit. Kulturanalytisch ausgerichtete Studien interessieren sich entsprechend für das politisch-kommunikative Potenzial von Populärkultur (Cunningham 2001; Lunt und Pantti 2007) oder der alltäglichen Medienkommunikation Jugendlicher (Kaun 2012). Mit anderen Worten, das Re-aktualisieren von Öffentlichkeit wird nicht ausschließlich auf medialer Ebene verortet, sondern geht darüber hinaus, kann also die Rolle von Medien (potenziell und punktuell) auch infrage stellen.

Es gilt also, Medien als eine Komponente sozio-kulturellen Wandels und nicht als einzige Vermittler der ablaufenden Prozesse politischer Kommunikation zu betrachten. Dennoch hat der Bedeutungswandel der Medien einen wichtigen Einfluss auf den Wandel kommunikativen Handelns. Entsprechend ist kommunikatives Handeln in der Öffentlichkeit durch Mediatisierung beeinflusst. Mediatisierung meint damit jedoch nicht die zunehmende Bedeutung einer Medienlogik (vgl. Boorstin 2006 für eine sehr explizite Identifizierung einer solchen Bedeutung). Mediatisierung bezieht sich auch nicht auf die zunehmende Orientierung von Akteuren, etwa von Experten (Schäfer 2008b; Schäfer et al. 2012) oder von ‚normalen Leuten‘ (Turner 2010) an Medien. Mediatisierung meint eine Perspektive auf kontinuierliche Wandlungsprozesse politischer Kommunikation vor dem Hintergrund eines sich wechselseitig prägenden kommunikativ-medialen und sozio-kulturellen Wandels (Couldry 2011; Hepp 2011; Krotz 2007).

Insgesamt will ich zeigen, dass Kommunikation im Allgemeinen sowie, hier relevant, dass öffentliche politische Kommunikation im Speziellen nicht im ‚luftleeren‘ Raum stattfindet, sondern in einem doppelten Prägeverhältnis zu ‚Kultur‘

steht: „public spheres themselves are not spaces of zero-degree culture, equally hospitable to any form of cultural expression“ (Morley 2000: 117). Kommunikatives Handeln in der Öffentlichkeit ist demnach durch Mediatisierung geprägtes Handeln. Dies gilt für alle Akteure der Öffentlichkeit, Bürger (Dahlgren 1995; Lingenberg 2009), Journalisten (Hallin und Mancini 2004; Hepp et al. 2012) und andere politische Eliten (Best 2011) gleichermaßen.

2.2 Struktur- und akteursorientierte Zugänge zu Öffentlichkeit

Ebenso wie die wissenschaftliche Debatte um Öffentlichkeit mit Blick auf ihre und deskriptive Dimension ambivalent ist, ist die Debatte es mit Blick auf die Problematisierung von Akteur und Struktur. Für das Vorhaben dieser Studie ist dieser Gesichtspunkt insofern zentral, als zu klären ist, auf welche Weise Möglichkeiten und Bedingungen für ein transkulturelles Wandlungspotenzial von Öffentlichkeit mit Blick auf die Öffentlichkeitsakteure zu verorten sind. Ich argumentiere im Folgenden, dass kommunikatives Handeln sowohl reproduzierende als auch dynamisierende Momente gleichermaßen in sich trägt, Bedingungen und Möglichkeiten also nicht auf die Ebene der Kommunikationsumgebung ausgelagert werden können.

Dabei will ich nicht klären, ob es die Struktur der Öffentlichkeit einerseits oder den Öffentlichkeitsakteur andererseits gibt oder nicht gibt – beide Aspekte sind Teil der demokratischen Öffentlichkeitskonzeption (Peters 2007: 326) –, sondern ich möchte festhalten, ob und auf welche Weise die Struktur und die Akteure zusammenspielen, um dann zu klären, an welchem Ende dieses Zusammenspiels Zugänge zu Öffentlichkeit ansetzen können. Dabei liegt die Stärke strukturorientierter Ansätze darin, reproduzierende oder träge Kommunikationsnetzwerke abzubilden. Akteursorientierte Ansätze bieten dagegen ein zusätzliches analytisches Potenzial in Hinblick auf Dynamiken im Rahmen öffentlichkeitsbezogener Prozesse. Das Argument, auf das ich hier abziele, greift beide Überlegungen auf und versucht sie aus einer Akteursperspektive heraus weiter zu spezifizieren.

Ein Blick auf die gegenwärtig verhandelten Öffentlichkeitsmodelle zeigt, dass hier insgesamt strukturelle Zugänge dominieren (Imhof 2006b; Jarren und Donges 2002; Krotz 2000: 211). Akteure werden darin in der Regel einerseits mit Blick auf die Intensität ihrer Teilnahme an öffentlicher politischer Kommunikation sowie andererseits über die Funktionalität dieser Teilnahme eingeordnet. Darüber hinaus gibt es jüngere Vorstöße, vermehrt Akteursperspektiven in der Erforschung von Öffentlichkeit zu thematisieren (Pfetsch, Eilders und Neidhardt 2004; Pfetsch 2008; Pfetsch und Adam 2008; Schäfer 2008a). Ein

Desiderat, so wird gezeigt, bleibt dennoch bestehen, und zwar der Zugang zu einer Rekonstruktion kommunikativen politischen Handelns aus Sicht der Akteure. Das erstaunt vor dem Hintergrund der Überlegung, wie sich eigentlich der Wandel von Öffentlichkeiten erklären lässt. Institutioneller Wandel allein, etwa auf supranationaler Ebene, kann hier als Verweis nicht ausreichen – insbesondere dann nicht, wenn die legitimatorische Kraft von Öffentlichkeit gewahrt werden soll.

Für dieses legitimatorische Moment spielt der Öffentlichkeitsakteur eine wichtige Rolle. In der deliberativ geprägten Öffentlichkeitstheorie wird ihm das Potenzial zugeschrieben, relevante Themen benennen, in die Öffentlichkeit bringen und dort mit anderen Akteuren verhandeln zu können (Imhof 2003b). Der sich aktivierende und streitbare und damit kommunikativ einflussreiche Akteur stellt somit eine der Grundideen im Zentrum des Öffentlichkeitsbegriffs dar. Auch wenn sich die vorliegenden Öffentlichkeitstheorien vielfach mit Voraussetzungen beschäftigen, die erfüllt sein müssen, um ein solches Handeln zu ermöglichen, finden sich dennoch – unter anderem auch jenseits des Kerns ‚traditioneller‘ Öffentlichkeitsforschung – zahlreiche Hinweise darauf, dass Akteure einerseits auch aus Situationen der Begrenzungen dynamisierendes Potenzial entwickeln und dass andererseits auch der Öffentlichkeitsakteur selbst Momenten des kulturellen Wandels ausgesetzt ist. Diese Überlegungen belegen die Notwendigkeit, sich näher mit dem Öffentlichkeitsakteur zu beschäftigen.

Im Fall des Eliteakteurs, etwa des Kommentators und Experten (Page, Shapiro und Dempsey 1987; Pfetsch, Eilders und Neidhardt 2004), scheinen zentrale Erwartungen an den Öffentlichkeitsakteur mehr oder weniger unproblematisch erfüllt zu sein. Darüber hinaus scheint, nach Meinung einiger Autoren, dem nonkonformistischen und kreativen Akteur in öffentlichkeitsbezogenen Belangen gegenwärtig eine zunehmende Bedeutung zuzukommen. So konstatiert etwa Dieter Rucht, „dass der Typus konfrontativen Handelns und insbesondere die Aktionsformen zivilen Ungehorsams weiter an Bedeutung gewinnen werden“ (Rucht 2002).

Tatsächlich gibt es in der Bewegungsforschung einige Ansätze der Erforschung von Öffentlichkeitsakteuren, die bisher nicht genutzt worden sind. Weiterhin, allerdings weniger im Zentrum der Öffentlichkeitsforschung, gibt es zahlreiche Hinweise auf kreative Formen der Mediennutzung im Rahmen politischer Dynamisierung. Solche Dynamisierungen werden wissenschaftlich sowohl im Kontext von Demokratisierungsprozessen – wie etwa im arabischen Frühling (Cottle 2011) – untersucht als auch stärker kritisch diskutiert. So legte etwa Bart Cammaerts (2009) eine Studie vor, in welcher er die Nutzung von Blogs durch Neonazi-Aktivist*innen unter dem Gesichtspunkt der ‚Grenzen kommunikativer Freiheit‘ kritisch diskutiert.

Aktionsformen zivilen Ungehorsams spielen also in vielerlei Hinsicht eine Rolle, sowohl für die Aktivierung als auch für die Begrenzung von Öffentlichkeit. Zugleich benennen andere Forschungsbereiche weitere akteursbezogene Entwicklungen, die ebenfalls in großer Nähe zu Fragen der Öffentlichkeitsforschung stehen: Diskussionen um die ‚Expertisierung‘ oder ‚Celebritisierung‘ öffentlicher politischer Kommunikation. Es ist dabei weniger deren Kennzeichnung als deren Wandlungsprozesse, die kontrovers erscheinen, als vielmehr deren Bewertung als Prozesse, die zunehmend Personen und weniger Inhalte in den Fokus der Öffentlichkeit rücken (z. B. Boorstin 2006 zu Celebritisierung; z. B. Imhof 2004 zu Expertisierung). Vor diesem Hintergrund bleibt ein akteursorientierter Zugang zu Öffentlichkeit ein Desiderat, der auf kommunikative Praktiken abhebt und „Einflusspotentiale“, „Zugangsvoraussetzungen, Voraussetzungen und Kontrollmechanismen“ (Pfetsch, Eilders und Neidhardt 2004: 7) öffentlichen kommunikativen Handelns eruiert. Hier setzt die vorliegende Arbeit an und entwickelt Thesen, um einen solchen Ansatz nutzbar zu machen.

Obwohl auf diese Weise zentrale Fragen für die Öffentlichkeitsforschung diskutiert werden, liegt bisher kein deskriptives Modell vor, welches den Zusammenhang von Öffentlichkeitsstruktur und -akteur aus Akteursperspektive rekonstruiert. Um sich einer solchen Diskussion zu nähern, muss man zunächst einmal gesellschafts- oder system- und handlungstheoretische Modelle unterscheiden (Gerhards 1994; Krotz 2005):

„Gesellschaftstheorien gehen von der Eigenständigkeit übergeordneter sozialer Phänomene wie etwa dem Begriff der Gesellschaft aus. Systemtheorien stellen ein abstraktes funktionales Prinzip [...] in den Mittelpunkt und versuchen, soziales Geschehen von daher zu beschreiben und zu analysieren.“ (Krotz 2005: 40)

Als Handlungstheorien werden dagegen solche Theorien bezeichnet, die „von kulturell und gesellschaftlich geprägtem, individuellem Handeln als einer Grundkategorie der Sozialwissenschaften ausgehen“ (Krotz 2005). Vergleicht man diese Unterscheidung mit handlungstheoretischen Konzeptionen im Umfeld der Öffentlichkeitsforschung, so fallen einige Unterschiede auf. Der zentrale Unterschied besteht dabei zwischen der Situiertheit kommunikativen Handelns, die sich in Krotz’ Definition findet und der Trennung von Handlung und Struktur, die sich im Kontext der Öffentlichkeitsforschung findet. Barbara Pfetsch und Silke Adam (2008) verweisen so darauf, dass ein handlungstheoretischer Zugang eine Analyse auf der Mikro-Ebene bedeute, welcher „nur dann makrotheoretische Probleme erklären kann, wenn [er] mit Brückenhypothesen und Aggregationsregeln systematisch verbunden wird“ (Pfetsch und Adam 2008). Das bedeutet, dass über eine Rekonstruktion der Akteursperspektive allein keine analytische Verbindung zur Sozialstruktur hergestellt werden kann.

In diese Richtung können auch die Überlegungen von Hartmut Esser (2007) und Carsten Reinemann (2007) interpretiert werden, die handlungstheoretische Modelle im Kontext der Journalismusforschung diskutieren. Diese klären aus der Perspektive der Journalisten, welche Faktoren für die Entstehung von Medieninhalten prägend sind. Theoretischer Zugang ist dabei ein „strukturalistisch-individualistischer Ansatz“ (Reinemann 2007: 49), welcher subjektive Situationsdefinitionen zentral setzt. Selbst wenn man berücksichtigt, dass Esser und Reinemann damit insbesondere auf die Integration von Kontextfaktoren abzielen, so bleibt doch die Gegensätzlichkeit von Akteur und Struktur bestehen. Das zeigt sich im Akteursbegriff einerseits und im Kommunikationsbegriff andererseits. Während Krotz (siehe obiges Zitat) kommunikatives Handeln ins Zentrum der Handlungstheorie rückt, sind es hier die Akteure und ihre Situationsdefinitionen. Diese sind durch äußerlich einwirkende Kontextfaktoren geprägt. So orientiert sich etwa ein Journalist an der politischen Linie seiner arbeitgebenden Zeitung. Reinemann (2007: 51) hält fest, dass

„die für das Handeln entscheidenden subjektiven Situationsdefinitionen nicht in einem ‚sozialen oder institutionellen Vakuum‘ stattfinden, sondern meist durch soziale und institutionelle Strukturen (Organisationen) geprägt werden.“

Zentral ist hier: Soziale und institutionelle Strukturen sind dem Akteur äußerlich, stehen ihm gegenüber. Der Einzelne muss sich diesen Strukturen stellen und damit so umgehen, dass er der Realisierung seiner individuellen Ziele möglichst nahe kommt:

„Hinter dieser Konzeption steht das Menschenbild eines resourceful, restricted, expecting, evaluating, maximizing man (RREEMM-Modell).“ (Reinemann 2007: 48)

Dieser Zugang steht exemplarisch für ein in der Öffentlichkeitsforschung verbreitetes Verständnis dessen, was unter Handlungstheorie zu verstehen ist. Demgegenüber steht das eingangs zitierte Verständnis, welches als empirisch-kritisch oder kommunikativ-konstruktiv bezeichnet werden kann. Während im strukturalistisch-individualistischen Ansatz der Akteur seine kommunikativen Strategien an externen Restriktionen ausrichtet, sind im empirisch-kritischen oder kommunikativ-konstruktiven Ansatz einerseits Akteur und Struktur unabdingbar miteinander verbunden. In diesem Sinn hat der Soziologe William Sewell herausgearbeitet, dass Struktur und Akteur einerseits keine Gegensatzpaare bilden, sondern einander bedingen (Sewell 1992). Andererseits setzt Sewell Kommunikation, genauer kommunikatives Handeln, als integralen Bestandteil von Handlungstheorie voraus. Kommunikatives Handeln ist dabei ebenso Träger von kulturellen und sozialen Strukturen wie deren Präger; kommunikatives Handeln prägt also

zugleich auch kulturelle und soziale Strukturen. Akteur und Struktur stehen hier nicht in der Auseinandersetzung jeweils gegensätzlicher Eigenlogiken, sondern in einem wechselseitigen Prägeverhältnis. Insofern sind auch Dynamiken des Wandels, also Veränderungen bestehender Konstellationen – anders als bei Esser und Reinemann – Teil des gesamten Kommunikationsprozesses und treten nicht ausschließlich als veränderte Bedingungen von außen an die Akteure heran.

Vor dem Hintergrund dieses Verständnisses von Handlungstheorie scheint es sinnvoller, im Folgenden akteursorientierte und strukturorientierte Zugänge zu Öffentlichkeit zu unterscheiden. Schließlich sind sich die Autoren darüber einig, dass es so etwas wie intentionales Akteurshandeln und Strukturen als Träger von Gesellschaft gibt und dass beide zusammen so etwas wie eine gemeinsame Ordnung bilden. Unterscheiden kann man nun unterschiedliche Zugänge zu Öffentlichkeit anhand der Frage, wo die Zugänge in dieser gemeinsamen Ordnung ansetzen, also an der Struktur oder an den Akteuren. Von Interesse sind in der folgenden Diskussion deshalb solche Zugänge zu Öffentlichkeit, welche die Rolle von Akteuren über einen strukturellen Zugang konzeptualisieren und umgekehrt.

Verschiedentlich wurde darauf verwiesen, dass strukturelle Zugänge zu Öffentlichkeit in der politischen Kommunikationsforschung dominieren und akteursorientierte Zugänge entsprechend ein Desiderat darstellen (Pfetsch, Eilders und Neidhardt. 2004: 4; Pfetsch 2008). Wenn Akteure in den Blick genommen werden, geschieht dies entweder als eine Ebene der Beschreibung von Segmentierung von Öffentlichkeit (siehe beispielsweise Adam 2007: 92ff.; Gerhards, Neidhardt und Rucht 1998: 65ff.; Peters 2007: 145ff.) oder als eine weitergehende Untersuchung der Akteursgruppe der Journalisten, die (vermeintlich) zu der exklusiven Gruppe von Akteuren gehört, welche Einfluss auf den Zuschnitt von Öffentlichkeit nehmen können (Neverla und Schoon 2009; Pfetsch, Eilders und Neidhardt 2004). Damit ist zugleich ein alternativer Zugang zur Verortung von Akteuren in Öffentlichkeiten verbunden. Der Akteursbegriff wird hier nicht definiert vor dem Hintergrund von „Constraints“ organisatorischer Bedingungen und institutioneller Zielsetzungen von Medienunternehmen“ (Pfetsch et al. 2004: 4), sondern als eingebunden in kulturelle, soziale und mediale Begrenzungen und Möglichkeiten, die sich ebenso in seinem kommunikativen Handeln widerspiegeln.

Ansätze, die einem solchen Akteursverständnis folgen, insbesondere wenn sie in der Tradition der Cultural Studies stehen, sind weniger durch den Gegensatz von Akteur und Struktur gekennzeichnet. Empirisch-kritische Öffentlichkeitsforschung kann hier danach unterschieden werden, an welchem Punkt im Kommunikationsprozess sie ansetzen. Ein solcher Kommunikationsprozess orientiert sich am Modell des ‚Kreislaufs der Kulturen‘, welches Paul du Gay et al.

(1997: 3ff.) unter anderem in Anlehnung an Richard Johnson (Johnson 1986) entwickelt haben. Ein solches Kreislaufmodell lässt sich auf kommunikative Prozesse übertragen (Hepp 2006: 71ff.). Kultur wird über kommunikatives Handeln hergestellt, im kommunikativen Handeln manifest und ‚konsumiert‘. Diese drei Momente entsprechen den drei Artikulationsebenen der Produktion, Repräsentation und Aneignung. Momente der Identifikation und Regulation stellen darüber hinaus den Anschluss an individuelle und sozial-institutionalisierte Formen der Deutung solcher kommunikativ vermittelter Kulturprozesse her.

Das Kreislaufmodell kann insofern im Bereich der Cultural Studies verortet werden, als es darauf verweist, dass Kommunikation, erstens, wesentlich ist für die Vermittlung von Kultur, dass darin, zweitens, Mediatisierungsprozesse eine zentrale Rolle spielen und dass, drittens, auf diese Weise Macht produziert, reproduziert und infrage gestellt wird (Hepp 2013). Entscheidend ist dabei immer: Das Modell ordnet ‚Macht‘ nicht ausschließlich einer Ebene des Kreislaufes zu, sondern ‚Macht‘ entsteht im gesamten Prozess und wandelt sich. Mit anderen Worten, Akteur und Struktur stehen in einem unauflösbaren Zusammenhang. Zusammengenommen ist es dieser Kreislauf, der den dynamischen Charakter von Kommunikation ausmacht und über das kommunikative Handeln in der Öffentlichkeit entscheidet.

Entsprechend schwierig ist es, Studien aus dem Bereich der empirisch-kritischen Öffentlichkeitsforschung als struktur- oder akteursorientiert zu unterscheiden. Eindeutiger wäre eine Differenzierung entlang der Ebenen der Produktion, Repräsentation und Aneignung. In einer solchen Sortierung fiel beispielsweise auf, dass ein starker Fokus auf Prozessen der Aneignung und weniger auf solchen der Produktion liegt, die für die Öffentlichkeitsforschung natürlich eine wichtige Rolle spielt. Entscheidender für das Vorhaben dieser Studie ist aber die jeweilige Akzentuierung des einzelnen Akteurs mit Blick auf die Öffentlichkeit. In diesem Bereich gibt es einige Arbeiten, die stärker auf kulturelle Muster und Praktiken im Rahmen von Fragestellungen nach der Öffentlichkeit abheben und andere Arbeiten, in denen es stärker akteursbezogen um die Möglichkeiten und Begrenzungen kommunikativen Handelns geht.

Zur ersten Gruppe gehören Ansätze, die sich vorrangig auf die vorpolitische Ebene solcher Prozesse konzentrieren. Andreas Hepp et al. (2012) etwa betonen die kommunikative Konstruktion von Öffentlichkeiten und definieren diese allgemein-deskriptiv als „Räume verdichteter politischer Kommunikation, die sich über solche Verdichtungen sozialräumlich voneinander unterscheiden lassen“ (Hepp et al. 2012: 22). Verdichtungen entstehen hier über politische Diskurskulturen, die über unterschiedlichste kommunikative Praktiken sinnhafte Bezüglichkeiten bzw. Bezüge produzieren und reproduzieren – also verdichten.

Eine solche Verdichtung ist etwa die ‚nationale Öffentlichkeit‘. Diese Narration hat gemeinsam mit dem demokratischen Nationalstaat und den nationalen Mediensystemen Karriere gemacht (Morley 2000: 117ff.; siehe auch Peters 2007). Eine solche nationale Öffentlichkeit wird über nationale politische Diskurskulturen produziert und reproduziert, die Hepp et al. (2012) im europäischen Vergleich über kommunikative Produktionsprozesse untersuchen, und in welche Journalistinnen und Journalisten eingebunden sind. Aber nicht nur Journalisten, sondern auch Intellektuelle oder Wissenschaftler tragen zur kommunikativen Konstruktion nationaler Öffentlichkeiten bei. So ist es aus Sicht des georgischen Philosophen Georgi Nodia (1992) ein normatives Anliegen, die Verbindung von Nationalisierungs- und Demokratisierungsprozessen für Transformationsländer zu thematisieren. Und in der Europäisierungsforschung verweisen Wissenschaftler vor dem Hintergrund einer ‚defizitären‘ europäischen Öffentlichkeit auf die Resistenz nationaler Öffentlichkeiten (Preston 2009; Statham 2008).

Ein Zugang, der die kulturelle Prägung und kommunikative Konstruktion und Bezüglichkeit bzw. den Bezug von Öffentlichkeit in den Vordergrund rückt, verweist jenseits der historisch einzigartigen Bedeutung nationaler Öffentlichkeiten aber auch auf die Möglichkeit von Öffentlichkeiten jenseits nationalstaatlicher Grenzen. Öffentlichkeiten werden grundsätzlich in dynamischen Prozessen der politischen Kommunikation hergestellt und verifiziert und unterliegen somit einerseits Wandlungsprozessen – wie auch die Kultur. Andererseits ziehen unterschiedliche Formen der politisch-diskurskulturellen Verdichtung auch unterschiedliche Formen von Öffentlichkeit nach sich. In diesem Kontext spielt die Diskussion um den methodologischen Nationalismus und den Begriff der Transkulturalität eine wichtige Rolle (siehe Kapitel 3).

Unter den Zugängen, die sich stärker mit den Möglichkeiten und Begrenzungen der Beteiligung einzelner Akteure auseinandersetzen, gibt es zwei zentrale Ansätze: Es handelt sich zum einen um die theoretischen Überlegungen von Peter Dahlgren zum Begriff ‚citizenship‘ (Dahlgren 2006, 2009) sowie zum anderen um die Heuristik der ‚public connection‘ von Nick Couldry, Sonia Livingstone und Tim Markham (2009, 2010; Livingstone 2005b). Dahlgrens Überlegungen kreisen um eine Neuausrichtung der Verortung bürgerlicher Partizipation (‚civic agency‘). Sein Vorschlag basiert auf einer Kritik deliberativer Demokratie als eines Modells, welches politische Kommunikation auf einen Kreis von Eliteakteuren reduziert und dabei kommunikative Aktivierungspotenziale auf der Ebene von Bürgern vernachlässigt (in diesem Sinne auch Agre 2004). Darüber hinaus warnt er vor der Selbstlegitimation von Deliberation:

„if the deliberation itself appears to take place in a discursive mode that appears universal, neutral and egalitarian, yet is in fact the prerogative of privileged social strata, then this mode can serve to conceal and legitimate its own function as symbolic power.“ (Dahlgren 2006: 281)

Gestaltungspotenziale von Bürgern entstehen nach Dahlgren dementsprechend nicht auf der Ebene verständigungsorientierten Kommunizierens, sondern in der kulturellen und persönlichen Situiertheit bürgerlicher Akteure. So könnten Akteure Kompetenzen zur demokratischen Beteiligung auch außerhalb der politischen Sphäre sammeln (Dahlgren 2006: 273) oder ‚das Politische‘ könne unerwartet im alltäglichen, sozio-kulturellen Kommunizieren geschehen und den normalen Ablauf durchbrechen (Dahlgren 2009: 71): „it is via meandering and unpredictable talk that the political can be generated“ (Dahlgren 2006: 279).

Dahlgren betont, wie wichtig es sei, die präpolitische und interaktive – mit anderen Worten die kulturell bezogene und kommunikationspraktische – Dimension von Citizenship in den Blick zu nehmen (Dahlgren 2009). Hier bestünden aktivierende Momente, die von einem deliberativen Anspruch verdeckt werden. In präpolitischer Hinsicht bildet der Begriff einen Zugang zu den sozio-kulturellen Bedingungen und Voraussetzungen politischer Teilnahme. Auf dieser sozio-kulturellen Ebene machen die Akteure Erfahrungen, indem sie sich Inhalte politischer Kommunikation aneignen und sich, darüber hinaus mit Blick auf diese Inhalte, in interaktiven Prozessen engagieren. Durch Interaktion eignen sie sich also Kompetenzen an, über die Auseinandersetzungen und Aushandlungsprozesse zu politischen Themen entstehen können. Dahlgrens Argument ist entsprechend, Citizenship als ein Konzept zu entwerfen, welches auf Potenziale für die Entstehung von Öffentlichkeiten verweist:

„The traditional concepts of the public sphere do not help us to understand how publics ‚come alive‘, what their sociocultural preconditions look like.“ (Dahlgren 2006: 275)

Und später:

„For cultural studies, the field of civic talk, its sites and contexts and how it mobilizes identities and links up with political issues would be a fertile one as well as a constructive antidote to the formalistic version of deliberative democracy.“ (Dahlgren 2006: 280)

Während Dahlgren sich in erster Linie auf das theoretische Argument der Berücksichtigung von Potenzialen für Öffentlichkeiten konzentriert und dabei immer wieder darauf verweist, dass letztlich das Zustandekommen von Citizenship entscheidend bleibt, entwickeln Nick Couldry, Sonia Livingstone und Tim Markham den heuristischen Begriff der ‚public connection‘ (Couldry, Livingstone und Markham 2009). ‚Public connection‘ nimmt die empirische Analyse präpolitischer Bedingung in den Blick:

„‚Public connection‘ is an orientation to a space where, in principle, problems about shared resources are or should be resolved, a space linked, at least indirectly, to some common frame of collective action about common resources.“ (Couldry et al. 2010: 7)

‚Public connection‘ will also individuelle Orientierung an öffentlichen Gegenständen als Vorbedingung für politische Kommunikation und damit als Grundvoraussetzung für Demokratie bestimmen. Hinter diesen Überlegungen steht ein ganz ähnlicher Begriff politischer Kommunikation wie schon bei Peter Dahlgren. ‚Public connection‘ ist demnach etwas, das in mediatisierter und kulturell unterschiedlicher Alltagskommunikation jederzeit aufbrechen kann. Mediatisierte Kommunikation meint dabei wiederum sowohl die Aneignung medienvermittelter Inhalte als auch andere Formen der kommunikativen Vernetzung. So kann es für die ‚public connection‘ einer Person eine erhebliche Rolle spielen, eine andere Person als ‚Filter‘ für Nachrichten einzusetzen. Auf diesem Wege entsteht ein Austausch über politische Themen, und die beteiligten Akteure sind nicht mehr reine ‚audiences‘, sondern werden ‚publics‘, nämlich im politischen Sinne des Wortes (Livingstone 2005a). Der Begriff ‚public connection‘ beschreibt entsprechend eine „structure of participation, not a façade for elite control“ (Couldry, Livingstone und Markham 2010: 8).

Anne Kaun (2012) verknüpft in ihrer Auseinandersetzung mit diesem Begriff gewissermaßen Peter Dahlgrens Argument zur Zentralität von Erfahrung und Interaktion mit dem Begriff der ‚public connection‘. Sie stellt heraus, dass die Erfahrung von Demokratie in das kulturelle Wissen von Akteuren einfließt und auf diese Weise grundsätzlich die Existenz von ‚public connections‘ sichert, diese aber auch prägt. In Anlehnung an die Theorie der radikalen Demokratie bei Chantal Mouffe schlägt Kaun vor, gerade die Auseinandersetzungen und Konflikte über die Bestimmung dessen, was ‚public‘ ist, in das Konzept mit einzubeziehen:

„Public connection is, then, defined as the orientation towards this struggle. I argue that public connection encompasses this discursive struggle over what is defined as common and shared issues in a democratic society. This connection is by no means substantive, but is a construction that is undecided. [...] Following that argument, there can only be multiple, changing forms of public connection.“ (Kaun 2012: 58)

Eine weitere Anwendung des ‚public connection‘-Konzepts findet sich bei Andreas Hepp et al. (2015). Die Autoren bringen es in den Kontext der Diskussion um die Europäisierung von Öffentlichkeiten. Sie untersuchen mediatisierte Öffentlichkeitsanbindungen in der europäischen Finanzkrise über zahlreiche europäische Länder hinweg und kommen zu dem Schluss, dass Bürger unterschiedlicher Länder teils unterschiedlichen, teils aber auch ähnlichen Mustern der Anbindung an öffentliche Diskurse folgen und sie auf diese Weise am Prozess der kommunikativen Konstruktion einer europäischen Öffentlichkeit zumindest beteiligt sind.

Solche Zugänge haben insofern erhebliches Potenzial für die Öffentlichkeitsforschung, als sie Bedingungen und Möglichkeiten von Öffentlichkeiten sowohl in Kommunikationsumgebungen als auch im kommunikativen Handeln von Akteuren verankert sehen. Akteurshandeln entfaltet dabei nicht als intentionales Handeln des Einzelnen seine Macht, sondern immer auch in Anlehnung an bestehende kulturelle, kommunikativ vermittelte Muster und dynamisiert diese Muster. In einem solchen Sinne kann der Begriff der ‚Agency‘ nicht an einen einzelnen Akteur gebunden sein. Diesen Zusammenhang stellt auch der Soziologe William Sewell heraus:

„I would insist that agency is collective as well as individual. I do not agree with Barry Hindess (1986) that the term ‚agent‘ must be applied in the same sense to collectivities that act as corporate units in social life – political parties, firms, families, states, clubs, or trade unions – as it is applied to individuals. But I do see agency as profoundly social or collective. The transpositions of schemas and remobilizations of resources that constitute agency are always acts of communication with others. Agency entails an ability to coordinate one’s actions with others and against others, to form collective projects, to persuade, to coerce, and to monitor the simultaneous effects of one’s own and others’ activities. [...] the agency exercised by persons is collective in both its sources and its mode of exercise. Personal agency is, therefore, laden with collectively produced differences of power and implicated in collective struggles and resistances.“ (Sewell 1992: 21)

Deutlich wird zugleich: Die vorliegende empirisch-kritische Forschung hebt vor allen Dingen auf Aneignungsprozesse ab. Zwar spielen auch Produktionsprozesse eine Rolle, bisher wurden diese aber in erster Linie auf der Ebene von Journalisten untersucht. Allerdings müssen insbesondere dann, wenn kommunikative Konstruktionen breit getragen werden, auch andere Akteure berücksichtigt werden. Auf der Ebene der Produktion von Öffentlichkeit spielen dabei die in der vorliegenden Studie analysierten transkulturellen Öffentlichkeitsakteure eine zentrale Rolle.

2.3 Öffentlichkeitsakteure als Heuristik

James Bohman (2007) hat darauf hingewiesen: Das Wort Demokratie trägt etymologisch zwei Komponenten in sich. Während *dêmos* den Raum bezeichnet, meint *dêmoi* diejenigen Menschen, die sich darin bewegen. Dass die doppelte Verwendung des Begriffs auch in der gegenwärtigen Sprachpraxis eine Rolle spielt, zeigt Bernhard Peters: Einerseits meine der Begriff einen politischen Systemtyp, andererseits die „Beteiligung der Bürger an Prozessen und Verfahren politischer Entscheidungsfindung“ (Peters 2007: 325). Während die aktuelle Öffentlichkeitsforschung in erster Linie den *dêmos* im Blick zu haben scheint,

wurden hier Argumente vorgelegt, um stärker die Akteursebene von Öffentlichkeit in den Blick zu nehmen.

Der Abschnitt 2.1 und der Abschnitt 2.2 haben bereits verdeutlicht, dass die gängige Unterscheidung von normativen und empirischen Modellen für die Untersuchung von Öffentlichkeitsakteuren und von deren kommunikativem Handeln nicht trägt. Warum? Ebenso in normativen Modellen wie auch in solchen, die als empirisch beschrieben werden, bleibt kommunikatives Handeln von Öffentlichkeitsakteuren immer voraussetzungsvoll. Das heißt, das Potenzial für ‚Kommunikationsfreiheit‘ oder, wie hier formuliert wurde, für kritische Dynamiken kann nur über die Voraussetzung einer (mehr oder weniger) demokratischen Kommunikationsumgebung geleistet werden. Insbesondere aber, wenn man sich das Potenzial von Kritik und diskursiver Dynamik als Kern der Diskussion um Öffentlichkeit vergegenwärtigt, dann muss die Möglichkeit bestehen, dass kommunikatives Handeln solche kritischen Dynamiken aus sich selbst heraus leisten kann.

Entsprechend wurde vorgeschlagen, Öffentlichkeitsmodelle danach zu unterscheiden, ob sie Öffentlichkeit als Voraussetzung oder als Potenzial konzipieren. Argumente für einen Zugang zu Öffentlichkeit als Potenzial wurden schließlich mit Blick auf Fragen von Akteur und Struktur vertieft. Eine Trennung von Akteur und Struktur, so wurde aufgezeigt, löst sich in einer Perspektive, die Öffentlichkeiten als kommunikativ konstruiert und verdichtet konzipiert, insofern auf, als kommunikatives Handeln sowohl Träger von (sich wandelnder) Öffentlichkeit ist als auch Potenziale für kritische Dynamisierungen enthält, verstanden als Sichtbarmachung bestehender Verdichtungen.

Auf diese Weise treten Zuschreibungen, welche die Bedingungen für kommunikatives Handeln auf der Ebene von Struktur diskutieren, und Akte der Verständigungsorientierung auf Ebene der Akteure in den Hintergrund. Vielmehr geht es darum zu zeigen, dass kommunikatives Handeln Öffentlichkeiten sowohl reproduziert als auch dynamisiert. Öffentlichkeit als Potenzial zu begreifen, bedeutet dementsprechend, zugleich Momente der reproduzierenden Bezugnahme auf bestehende Verdichtungen als Orientierungen oder Deutungsmuster mitzudenken, zugleich aber auch Momente der Dynamisierung des Wandels aus dieser Situation heraus mit zu berücksichtigen.

Vor dem Hintergrund eines solchen empirisch-kritischen Verständnisses von Öffentlichkeit präzisiere ich nun in einem letzten Schritt zunächst den Begriff des Öffentlichkeitsakteurs als Heuristik. Öffentlichkeitsakteur soll, zunächst ganz allgemein, jeder Akteur heißen, der an der kommunikativen Konstruktion von Öffentlichkeit beteiligt ist. Die kommunikative Konstruktion von Öffentlichkeit meint dabei die konkrete Verhandlung dessen, was in einer Gesellschaft mit Öffentlichkeit gemeint ist. Dieses radikal-empirische Verständnis orientiert

sich an der Definition Georg Vobruba für den Begriff der Gesellschaft im europäischen Kontext: „Empirisch steht fest: Es gibt den Begriff ‚Gesellschaft‘, er wird verwendet, bietet Orientierung und zieht Handlungsfolgen nach sich“ (Vobruba 2010).

Für dieses Buch wird festgehalten: Es gibt den Begriff Öffentlichkeit, er wird verwendet und bietet Orientierung für politische Kommunikation und zieht Handlungsfolgen nach sich. Solange Akteure den Begriff der Öffentlichkeit verwenden und in Bezug auf ihn kommunikativ handeln, entfaltet der Begriff wissenschaftliche Relevanz. In diesem kommunikativen Handeln sind Akteure Öffentlichkeitsakteure. Der Öffentlichkeitsbegriff steht dabei in einem ganzen Netz auf ihn bezogener Begriffe, insbesondere der Begriffe der Partizipation, der Demokratie, des Intellektuellen oder auch der Medien. Je nach Kontext und Zuschreibung trägt der symbolische Gehalt solcher Konzepte zur kommunikativen Konstruktion von Öffentlichkeit bei.

Im Zentrum des Begriffs der Öffentlichkeit steht damit ein klar definiertes Verständnis kommunikativen Handelns, mit dem ich mich in Kapitel 2 bereits beschäftigt habe. Mit Blick auf die Spezifizierung des Begriffs des Öffentlichkeitsakteurs gilt es, zwei Aspekte herauszuheben: Erstens ist kommunikatives Handeln machtvoll, nicht nur mit Blick auf Verständigungsorientierung. Zweitens umfasst kommunikatives Handeln sowohl reproduzierende als auch kritische Dynamiken. Im Rahmen des ersten Aspekts geht es um Kommunikationsmacht, also um die Frage, wer wie an der kommunikativen Konstruktion von Öffentlichkeit beteiligt ist. Der Begriff des Öffentlichkeitsakteurs ist in dieser Hinsicht ein Begriff, der nicht auf verständigungsorientiertes Kommunizieren, sondern auf kommunikatives Handeln im Sinne des kommunikativen Konstruktivismus rekurriert. Das bedeutet, nicht nur ‚Eliteakteure‘ wie Intellektuelle, Experten, Publizisten oder Politiker sind Teil der Akteursgruppe, die sich an der kommunikativen Konstruktion von Öffentlichkeit beteiligen. In der (deutschsprachigen) Öffentlichkeitsforschung wird häufig über die Differenzierung von Sprechern, Vermittlern und Publikum unterstellt, dass es hier Unterschiede in der Bedeutung der Beteiligung an Öffentlichkeit gibt. Manche Autoren, so beispielsweise Pfetsch et al. (2004), unterscheiden etwa zwischen Journalisten und dem ‚Kommentariat‘ (also Journalisten mit mehr Möglichkeiten, diskursive Beiträge zu leisten). Auf diese Weise gibt es Journalisten, die zur Gruppe der Vermittler gehören und solche Journalisten, die zur Gruppe der Sprecher zählen. Sprechen wird hier mit Kommunikationsmacht gleichgesetzt, also mit der Gestaltung von Öffentlichkeit. Zwar nimmt hier das Publikum Einfluss über Zustimmung und Ablehnung von Deutungsangeboten, dabei bleibt das Publikum aber in solchen Deutungen notwendigerweise reaktiv, von aktiver Beteiligung an der Konstruktion von Öffentlichkeit kann keine Rede sein.

Sprechen ist hier aber vor allem deshalb mit Kommunikationsmacht aufgeladen, weil unterstellt wird, dass das kritische Potenzial von Öffentlichkeit aus der Verständigung von Akteuren heraus wirksam wird. Mit anderen Worten, Öffentlichkeit wird mit Blick auf Themen oder Deutungsmuster dann gestaltet, wenn Akteure verstehen, was der andere sagt und daraus Konsequenzen ziehen oder nicht. Kommunikationsmacht bleibt damit auf symbolische Interaktion begrenzt. Der Begriff des Öffentlichkeitsakteurs verweist dagegen darauf, dass sich Kommunikationsmacht nicht (nur) in verständigungsorientierter Kommunikation entfaltet. So bedeuten etwa die zurückgehenden Verkaufszahlen von Qualitätszeitungen nicht, dass Menschen, auch über politische Themen, weniger kommunizieren, weniger Medien benutzen und damit deutlich weniger Informationen zu politischen Themen beziehen. Hier haben wir es vielmehr mit einem qualitativen Wandel von Mediennutzung und politischer Kommunikation zu tun, der auf kommunikationspraktischer Ebene an der Konstruktion von Öffentlichkeit beteiligt ist. In einem ‚Ausweichen‘ auf andere Formen der Mediennutzung oder der politischen Kommunikation liegt ein Gestaltungspotenzial für den Zugschnitt von Öffentlichkeiten, welches ein Begriff kommunikativen Handelns ausblendet, wenn er sich auf den symbolischen Austausch konzentriert.

Mit Hinweis auf Jo Reichertz kann gesagt werden, dass Verständigung vergleichsweise unproblematisch ist, dass dagegen kommunikatives Agieren, also möglicherweise auch solche Praktiken wie Schweigen, Ignorieren, Wegschalten etc., eine entscheidende Bedeutung für die kommunikative Konstruktion von Öffentlichkeit haben. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass der Begriff des Öffentlichkeitsakteurs ein breiter Begriff ist, der jeden Akteur einschließt, der sich und sein kommunikatives Handeln, verstanden als symbolisches und kommunikationspraktisches Handeln, auf Öffentlichkeit bezieht.

Kommunikatives Handeln kann also unterschiedliche Formen annehmen, und auch Akteure im Publikum handeln damit nicht nur reaktiv oder passiv. Tatsächlich gibt es aber, das lässt sich daraus schließen, unterschiedliche Formen des kommunikativen Handelns bezogen auf Öffentlichkeiten. Der Begriff des Öffentlichkeitsakteurs kann in der Analyse an solchen Formen ansetzen. So sind die hier untersuchten transkulturellen Öffentlichkeitsakteure stark in mediale Produktionsprozesse eingebunden, während andere Akteure über Aneignungsprozesse kommunikativ beteiligt sind: Hier geht es um das „aktive ‚Sich-Zu-Eigen-Machen‘“ (Hepp 2006: 72). Friedrich Krotz verweist auch auf die „Rezeptionsvorstellung des ‚Texts are made by readers‘“ (Krotz 2008a: 36) aus den Cultural Studies.

Zweitens umfasst kommunikatives Handeln sowohl reproduzierende als auch kritische Dynamiken. Kommunikative Konstruktion bedeutet, zweitens, dass kommunikatives Handeln selbst an der Schaffung der Kommunikationsum-

gebung beteiligt ist, in der das kommunikative Handeln stattfindet. Ich habe mehrfach darauf verwiesen, dass kommunikatives Handeln sowohl reproduzierende als auch dynamische Momente beinhaltet. Das Kernargument lautet deshalb: Wenn Möglichkeiten und Bedingungen kommunikativen Handelns auf die ‚strukturelle Ebene‘ von Öffentlichkeit ausgelagert werden, so kann Öffentlichkeit im Grunde nicht funktionieren. Nur wenn Öffentlichkeitsakteure bestehende Deutungsmuster als legitim und akzeptabel in ihrem eigenen Handeln reproduzieren, dann kann aus dieser Situation heraus auch eine Dynamisierung und somit ein Wandel von Öffentlichkeit entstehen.

Nimmt man den Gedanken der kommunikativen Konstruktion von Öffentlichkeit ernst, so gehört beides in den Begriff kommunikativen Handelns: Reproduktion und Dynamisierung. Nur wer sich kompetent in einer bestimmten Kommunikationsumgebung bewegen kann, ist fähig, aus dieser Situation heraus an der Gestaltung von Öffentlichkeit beteiligt zu sein. So kann nur ein Akteur, der an der Öffentlichkeit teilnimmt, darin wirkende symbolische Macht, Formen legitimen Sprechens und bestehende Deutungsmuster als einen bestimmten Wissensbestand begreifen und daraus auch kritische Dynamiken entwickeln, indem er selber dazu Abstand nimmt, sie sichtbar macht und benennt. Ob sich daraus ein Wandel für Öffentlichkeiten ergibt, liegt dann nicht mehr in seiner Hand, sondern entscheidet sich anhand der Frage, ob dieser Moment der Dynamisierung aufgegriffen wird.

Umgekehrt gilt zugleich: Wer sich kommunikativ an der Öffentlichkeit beteiligt, hat es nicht mit einer festen Größe, Entität oder einem klar definierten Kommunikationsraum zu tun, sondern mit sich immer wandelnden Bedingungen. Öffentlichkeit ist damit nicht etwas, was zunächst erreicht werden muss, bevor kommunikatives Handeln stattfinden kann, sondern Öffentlichkeit wird in kommunikativem Handeln hergestellt und ist damit immer fragil und konstruiert – „a myth that becomes a sociological reality in virtue of its performative dimension“ (Dayan 2005: 67). Dazu gehört das Einbeziehen bestehender Kommunikationsreferenzen ebenso wie die dynamische Beteiligung daran. Eine solche Dynamik wurde hier mit dem Begriff der Kritik gefasst, der sich auf die Praxis des Sichtbarmachens und des Zur-Disposition-Stellens von Deutungsmustern bezieht.

Zur Gruppe der transkulturellen Öffentlichkeitsakteure gehören entsprechend sowohl ‚Eliteakteure‘ als auch ‚Publikumsakteure‘ gleichermaßen, die über kommunikatives Handeln bestehende Deutungsmuster im Kontext von Öffentlichkeit reproduzieren und dynamisieren. Dabei geht es nicht zuletzt darum, sich selbst (immer wieder neu) in einer solchen kommunikativen Situation zu verorten. Auf diese Weise verfügen Öffentlichkeitsakteure über das Potenzial zu (reflektierter und unreflektierter) Kritik. Die empirisch-kritische Analyse des

Öffentlichkeitsakteurs erfolgt in der vorliegenden Arbeit deshalb über dessen kommunikatives Handeln und darin gültige Deutungsmuster und Gestaltungspotenziale.

Dass ich mit Blick auf den Öffentlichkeitsakteur von einer Heuristik spreche, verdeutlicht schließlich, dass es sich hierbei um ein analytisches Konzept und nicht um einen theoretisch gefüllten Begriff handelt. So wie der Begriff der ‚public connection‘ eine Orientierung an Öffentlichkeit als abstraktes Konzept (Couldry et al. 2009: 5ff.) bietet, so gilt das für den Öffentlichkeitsakteur mit Bezug auf die Beteiligung an der kommunikativen Konstruktion von Öffentlichkeit. Auch diese Beteiligung ist zunächst einmal theoretisch unspezifisch und deshalb empirisch zu erheben und zu ordnen. Der unspezifische Charakter trägt dabei dem Umstand Rechnung, dass Öffentlichkeit nur das sein kann, was die Leute darin sehen – mit anderen Worten, was sie darin über kommunikatives Handeln bearbeiten.

Bevor ich den Begriff des Öffentlichkeitsakteurs mit Blick auf eine transkulturelle Forschungsperspektive weiter beleuchte, verweise ich in einem letzten Schritt noch auf zentrale normative Kriterien der Öffentlichkeitsdiskussion. Die Forschung hat solche Kriterien in der Vergangenheit unter dem Schlagwort ‚Öffentlichkeit als Voraussetzung‘ thematisiert und diskutiert. Die Kriterien spielen jedoch auch im Kontext einer empirisch-kritischen Forschung eine wichtige Rolle, hier allerdings nicht als Teil eines Modells, sondern als Bewertungsgrundlage für die Ergebnisse der Analyse kommunikativen Handelns. Diskutiert werden dabei die drei Kriterien der Inklusion, der Repräsentation und der Transparenz.

Dem ersten Kriterium der Inklusion wurde dabei immer eine besondere Aufmerksamkeit zuteil. Inklusion wird über das Vermeiden von Exklusion definiert, also über die Diskussion der Frage, wer an Öffentlichkeit teilnehmen kann und wie diese Teilnahmebedingungen gestaltet werden. Robert Asen unterscheidet hier direkte und indirekte Exklusion (Asen 2002: 345). Direkte Exklusion verhindert offensichtlich die Teilnahme von bestimmten Akteuren oder Akteursgruppen an Öffentlichkeit. So macht Nancy Fraser, wie schon erwähnt, Habermas den Vorwurf, sein Modell sei für den bürgerlichen Mann ausgelegt und grenze Frauen und Minderheiten explizit aus. Fraser entwickelt auf dieser Grundlage das Modell der Gegenöffentlichkeiten, welche marginalisierten Akteuren eine Möglichkeit zur Teilnahme an Öffentlichkeit geben (Fraser 1993). Indirekte Exklusion wirkt, nach Asen – weniger sichtbar – über Diskurse und kommunikative Praktiken:

„Indirect exclusions compel participants to conform to established modes of discourse that effectively negate the perspectives and contributions of previously directly excluded individuals and groups.“ (Asen 2002: 345)

Vor dem Hintergrund der bisherigen Überlegungen sowie hinsichtlich der empirischen Ergebnisse dieser Studie lässt sich sagen, dass direkte und indirekte Exklusion nicht voneinander zu trennen sind. So hängt die Frage, wie kommuniziert wird, direkt mit der Frage zusammen, wer kommuniziert. Eine kritische Diskussion interessiert sich dabei für Prozesse des Ausschließens und Einschließens als machtvolle Prozesse der Organisation von Kommunikation und damit letztlich von Kultur.

Es besteht also ein enger Zusammenhang zum zweiten Kriterium der Repräsentation. Dies bezieht sich auf die normative Frage innerhalb der Forschung, ob alle in Bezug auf eine bestimmte Angelegenheit in einem Kommunikationsraum auftauchenden inhaltlichen Positionen in die öffentliche politische Kommunikation eingebracht werden. Hierbei ist, orientiert man sich im weitesten Sinne am liberalen Öffentlichkeitsmodell, nicht entscheidend, dass alle betroffenen Akteure in der Debatte sichtbar werden, sondern dass alle potenziellen Positionen und Deutungen betroffener Akteure zu sehen sind, das heißt repräsentiert werden. Politiker etwa sind Repräsentanten, „sie präsentieren sich selbst als Sprecher von Teilen des Wahlvolks oder spezifischen Gruppen und Bewegungen“ (Peters 2007). Repräsentationen können aber auch Begriffe sein wie ein ‚Intellektueller‘ oder ‚Europa‘. Das Auftauchen und Auftreten von Repräsentationen oder Repräsentanten impliziert einen bestimmten (flexiblen) Vertretungsanspruch und steht immer potenziell unter dem Druck, diese Legitimation zu rechtfertigen. Ansatzpunkte für eine kritische Diskussion über Repräsentationen ergeben sich auch mit Blick auf die Grenzen von Repräsentation, also um die Frage, welche Positionen und Akteure möglicherweise nicht öffentlich erscheinen sollten (Cammaerts 2009).

Ein drittes normatives Kriterium ist das Kriterium der Transparenz. Dies impliziert den normativen Anspruch der Offenlegung von Kommunikationsprozessen, etwa mit Blick auf die ‚Enttarnung‘ von Prozessen der ‚Exklusion‘ oder der ‚Nichtrepräsentation‘. In diesem Sinne betont etwa Douglas Kellner (Kellner 1995: 446f.), Intellektuelle hätten gerade in Zeiten zunehmender Kommunikation und Information die Aufgabe, Zugang zu neuen Kommunikationstechnologien sowie eine Sprache für ‚die Leute‘ zu finden. Aus diesem Argument heraus wird deutlich, dass eine kritische Diskussion nur dann stattfinden kann, wenn Öffentlichkeitsakteure Zugang zu Informationen nicht nur über Inklusions- und Repräsentationsprozesse haben, sondern auch über medial-kommunikative Vermittlungsprozesse. Auch solche gilt es in kritische Diskussionen um Öffentlichkeit mit einzubeziehen, gerade dann, wenn Medien durch ihre Omnipräsenz möglicherweise immer weniger sichtbar werden (Deuze 2012).

Insgesamt wird damit deutlich: Öffentlichkeitsakteure betreiben ‚ganz normale politische Kommunikation‘. Über ihr kommunikatives Handeln wirkt

kommunikative Macht als Exklusion, Nichtrepräsentation und Intransparenz ebenso wie die Potenziale zum Wandel solcher Momente. Dies gilt es bei der Analyse transkultureller Öffentlichkeitsakteure immer im Blick zu behalten.

Transkulturelle Öffentlichkeitsakteure
Gestaltungspotenziale in der deutsch-polnischen
politischen Kommunikation

Möller, J.

2017, VII, 316 S. 11 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-15917-7